

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4 **Standpunkt**
In Städtebaupolitik und Städtebaurecht sind große Aufgaben anzugehen
- 6 **Forschung & Publikationen**
Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen
- 21 **Neue Projekte**
Frischer Wind für die Innenstädte
- 26 **Veranstaltungen**
Solaranlagen in der Altstadt: Klima schützen – Stadtbild bewahren

Editorial

Standpunkt

- 4 In Städtebaupolitik und Städtebau-recht sind große Aufgaben anzugehen

Forschung & Publikationen

- 6 Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen
- 7 Urbane Temporalitäten: Zeitforschung in der Stadt
- 8 Bevölkerung wünscht sich mehr urbane Wildnis und mehr Wohnraum
- 9 Stadtplanung und Stadtentwicklung – Hebel für Ressourcen- & Klimaschutz
- 11 Gute und sichere Fahrradstraßen: Empfehlungen für die Praxis
- 12 Wirtschaftsförderungen in den Städten zukunftsfit machen

Neue Projekte

- 13 Smart Cities befähigen
- 13 Infrastrukturen im Strukturwandel
- 14 Nachhaltige urbane Mobilität
- 14 Solare Wärmenetze
- 15 Wie wirkt das KiTaG?
- 15 Verwaltung 2.030 in Detmold
- 21 Frischer Wind für die Innenstädte
- 21 Klimagerechte Mobilität

Veranstaltungen

- 23 Veranstaltungsvorschau
- 24 Neun „Klimaaktive Kommunen“ zeigen, worauf es ankommt
- 26 Solaranlagen in der Altstadt: Klima schützen und Stadtbild bewahren
- 27 Klimaschutzmanager*innen vernetzen sich digital
- 28 Wasser und Stadtgrün als Bausteine klimaangepasster Quartiere
- 29 Verkehrswende erfordert Investitions-offensive im ÖPNV

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich...? Bebauungsplan
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwander
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 30 Mehr Möglichkeiten im Klimaschutz mit der neuen Kommunalrichtlinie
- 31 Die Samtgemeinde Spelle – Dörflicher Charme mit hoher Standortqualität
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Bundestagswahl liegt hinter uns und die nach wie vor drängenden Herausforderungen der Kommunen müssen zügig angegangen werden. Das gilt für nahezu alle Bereiche der integrativen Stadtentwicklung: für die corona- und digitalisierungsbedingte Transformation unserer Innenstädte, für bezahlbares Wohnen, für den Klimaschutz und die Klimaanpassung ebenso wie für eine neue urbane Mobilität.

Wir am Difu, andere Institute und auch die Fachleute in den Städten arbeiten seit vielen Jahren an diesen Themen. Es gibt eine ganze Menge kluger Konzepte. Was es nicht gibt, ist genug Geld, damit die Kommunen das tun können, was nötig ist.

Es geht nicht um ein paar Euro mehr in dem einen oder anderen Förderprogramm, es geht um die finanzielle Grundausstattung der Kommunen. Oder konkret: Es geht darum, dass der Kuchen, der Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam zusteht, gerechter verteilt wird – sprich, es geht um ein Mehr vom Aufkommen der Umsatzsteuer für die Kommunen. Der Grund heißt Investitionsstau und die Begründung ist relativ einfach.

Das Difu ermittelt für die KfW im Rahmen des „Kommunalpanels“ jedes Jahr den Investitionsbedarf der Kommunen. Er ist seit Jahren immens hoch und liegt derzeit bei rund 150 Mrd. Euro, also dem Vier- bis Fünffachen dessen, was die Gemeinden bisher in einem Jahr ungefähr investieren. Bei Bund und Ländern ist das anders: Während sich die Investitionen der Kommunen in den letzten Jahren in Relation zum Bruttoinlandsprodukt halbiert haben, sind sie bei Bund und Ländern etwa konstant geblieben. Im Gegensatz zu den anderen staatlichen Ebenen konnten die Kommunen in den vergangenen Jahren häufig ihre Abschreibungen nicht erwirtschaften und haben damit Substanzverluste erlitten.

Der Befund ist klar: Konsolidierung hat in den deutschen Städten nur deshalb stattgefunden, weil wichtige Investitionen nicht getätigt werden konnten. Pflichtaufgaben und Auftragsangelegenheiten geben unseren Städten wenig andere Möglichkeiten zum Einsparen.

Gesellschaftliche Transformation jedoch findet nur mit unseren Städten statt und dafür benötigen sie solide Finanzen!

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Prof. Dr. Carsten Kühl

Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

In Städtebaupolitik und Städtebaurecht sind große Aufgaben anzugehen

Der Klimawandel, die Energiewende und das Ziel, den sozialen Zusammenhalt zu sichern, erfordern eine Konzentration auf den Bestand in den Siedlungen und die Schaffung und konsequente Nutzung eines dafür geeigneten Rechtsrahmens.

Die großen Herausforderungen der Zeit – Klimaschutz und Klimaanpassung, soziale Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt – müssen auch und gerade auf kommunaler Ebene bewältigt werden. Der Zeitdruck ist immens. Das Bundes-Klimaschutzgesetz 2021 formuliert das verbindliche Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2045 so weit zu senken, dass eine Netto-Treibhausgasneutralität erreicht wird. Bereits bis 2030 sollen die Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. Das betrifft auch die Städte. Die sich aus den Erfordernissen von Klimaschutz und Klimaanpassung ergebenden Entwicklungs- und Transformationsaufgaben sind umfangreich: Dekarbonisierung, Suffizienz der Infrastruktur, Reduzierung des Ressourcenverbrauchs, Kreislaufwirtschaft, Schwammstadt, grüne und blaue Infrastruktur, dreifache Innenentwicklung. Und sie betreffen vor allem die Siedlungsbestände, denn die Städte und Gemeinden sind im Wesentlichen gebaut.

Weitere sich aus dem Strukturwandel in der Wirtschaft ergebende Aufgaben kommen hinzu. Es gilt, den vielerorts spürbaren Bedeutungsverlust der Innenstädte als Chance für deren „Neuerfindung“ zu nutzen. Der Umbau des Bestands ist die zentrale Aufgabe des nächsten Jahrzehnts und bedarf verbesserter Anreize, Unterstützungsangebote und einer effektiveren Instrumentierung.

Genauso ist und bleibt die soziale Gerechtigkeit als Verfassungsauftrag und als Grundlage für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft eine große Herausforderung. Dies zeigt sich vor allem in den prosperierenden Städten an der Wohnungsfrage. Auch künftig müssen sich Verkäuferinnen, Busfahrerinnen, Krankenpfleger, Polizisten eine Wohnung auch in diesen Städten leisten können. Eine Verdrängung von Bürger*innen mit geringen oder mittleren Einkommen an die Peripherie mit immer länger werdenden Anfahrtswegen zur Arbeit ist weder sozial noch hinsichtlich der damit einhergehenden Umweltbeeinträchtigungen hinnehmbar.

Die massive und anhaltende Erhöhung der Bodenpreise wirkt sich nicht nur auf die Kosten für das Wohnen aus, sondern auch auf kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe wie Schuster, Schneider, Bäcker, Friseur etc. Auch kleine Ladengeschäfte und Gastronomie sowie öffentliche Infrastrukturen

wie Schulen, Kitas oder öffentliches Grün etc. geraten unter Preisdruck. Dies führt sukzessive zu stadtstrukturellen und sozialen Verwerfungen.

Die Ausgangsbedingungen in den Städten und Gemeinden unterscheiden sich allerdings eklatant. Die Entwicklung außerhalb solcher wachsenden Regionen steht unter anderen Vorzeichen. Nicht das Flächenangebot und die Preisentwicklung sind hier das Problem, sondern die fehlende Nachfrage und Dynamik. Die in den wachsenden Städten genutzten Hebel zur kooperativen Entwicklung greifen hier nicht oder nur eingeschränkt.

Bund und Länder müssen durch Anreize, Unterstützung und einen verbesserten Rechtsrahmen die Voraussetzungen schaffen, dass die bevorstehenden Herkulesaufgaben von den Städten bewältigt werden können. Entscheidend dabei ist auch, dass die Hürden bei Beachtung der verfassungsrechtlichen Schranken möglichst gering gehalten werden, um Kommunen mit geringerer Personalausstattung auch eine Option zur praktischen Anwendung zu eröffnen.

Der Schlüssel zur Bewältigung der Herausforderungen ist eine effektivere Innenentwicklung im Sinne von Klimaschutz und Klimaanpassung. Kooperative Lösungen und private Initiative müssen unterstützt werden und sind auch mit Blick auf die Akzeptanz und die Frage der Verhältnismäßigkeit vorrangig. Dies erfordert allerdings eine Flankierung durch ein effektives hoheitliches Instrumentarium. Wo Kooperation scheitert, muss am Ende auch hoheitliches Handeln möglich sein. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung verspricht hier einiges.

Innenentwicklung braucht eine konzeptionelle Grundlage, wie das Erfassen und Bewerten der Ausgangslage, die Entwicklung von Zielen, Sichtung und Bewertung der Handlungsoptionen oder die Ableitung von Maßnahmen und Prioritäten. Eine solche Leitplanung für die Innenentwicklung ist für die künftigen Aufgaben der Stadtentwicklung von zentraler Bedeutung. Sie sollte deshalb entsprechend gesetzlich verankert und bei Einräumung einer Übergangsfrist und angemessener Unterstützungsangebote verpflichtend ausgestaltet werden.



Foto: Difu



Prof. Dr. Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de



zum Weiterlesen



Adrian, Luise; Bunzel, Arno; Michalski, Daniela; Pätzold, Ricarda (2021): Aktive Bodenpolitik – Fundament der Stadtentwicklung, Berlin; www.difu.de/16296

Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2021): Nachhaltiges und suffizientes Bauen in den Städten, Berlin und Köln; www.bit.ly/30P8NOW

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) am Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2021): Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen in wachsenden Kommunen, Bonn; www.bit.ly/3qXHAnM

Arbeitskreis Kommunaler Klimaschutz (Hrsg.), Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2019): Impulspapier „Nachhaltig Wohnraum schaffen: Energetische Standards und Klimaanpassung in Neubau und Bestand konsequent umsetzen“, Berlin; www.difu.de/12387

Die Aufgabenstellung von städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen muss die Erfordernisse des Klimaschutzes und der Klimaanpassung noch stärker in den Fokus nehmen. Dabei sind neben dem Gebäudebestand vor allem auch der Umbau der technischen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur in den Blick zu nehmen, um die darin liegenden Potenziale für mehr Energie- und Ressourceneffizienz, aber auch zur Umsetzung von Maßnahmen der Klimaanpassung durch Bepflanzungen zu erschließen.

Als Hebel und Anreiz für kooperative Entwicklungen, insbesondere für die Mobilisierung von Baulücken, Brachflächen, Nachverdichtungsmöglichkeiten, muss die hoheitliche Flankierung verbessert werden. Ein Instrument ist die in der Fachöffentlichkeit breit unterstützte Einführung einer Innenentwicklungsmaßnahme, ein Vorschlag, der im Koalitionsvertrag als zu prüfen benannt ist. Soweit mit der Anwendung städtebaurechtlicher Instrumente die Übernahme von Grundstücken verbunden sein kann, sind Finanzierungsoptionen zu schaffen bzw. weiterzuentwickeln. Auch andere rechtliche Stellschrauben wie z.B. das Vorkaufrecht in sozialen Erhaltungsgebieten bedürfen dringlich einer Nachschärfung.

Für die wachsenden Stadtregionen stellt sich die ungebremste, auch auf lange Sicht und von zyklischen Schwankungen bereinigte überproportionale Entwicklung der Bodenpreise als zentrale Herausforderung dar. Zwingend erforderlich ist die Entwicklung preisdämpfender Mechanismen, um auch langfristig eine funktionsfähige Stadtstruktur unterschiedlich renditestarker Nutzungen zu erhalten bzw. zu ermöglichen und darüber hinaus das Investitionsgeschehen in den Städten zu beleben. Auch private Investitionen

können von niedrigeren Bodenpreisen profitieren. Ansatzpunkt hierfür ist die Einführung eines Genehmigungsvorbehalts für Baugrundstücke analog dem für landwirtschaftliche Grundstücke nach dem Grundstücksverkehrsgesetz geltenden Genehmigungsvorbehalt: In angespannten Wohnungsmärkten könnte der Verkauf von Grundstücken dann bei Überschreiten des Verkehrswerts untersagt werden. Auf diese Weise würde sich die Preisentwicklung verlangsamen und an die allgemeine Entwicklung der Verbraucherpreise annähern. Daneben oder alternativ könnte auch eine Loslösung vom tradierten Verkehrswertbegriff (§ 194 BauGB) sinnvoll sein. Der Verkehrswert spiegelt im derzeitigen Verständnis die Preisentwicklung eines spekulativ und durch die Bedingungen am Kapitalmarkt angeheizten Bodenmarkts. Wenn für Wohnimmobilien heute teils mehr als das Vierzigfache des Jahresertrags als Preis bezahlt wird, ist dies eine Wette auf höhere Mieten und macht am Ende zusätzliche Leistungen im Bereich Wohngeld/Kosten der Unterkunft erforderlich. Eine Umstellung auf eine vorrangig aus dem Ertrag abgeleitete Wertermittlung könnte diese Mechanismen brechen, die auf Dauer die öffentliche Hand überfordern.

Städte brauchen auch über die Perspektive der kommenden vier Jahre hinaus eine verlässliche Grundlage. Die neu geschaffenen befristeten Regelungen des Baulandmobilisierungsgesetzes müssen deshalb verstetigt werden! Andernfalls lohnt sich der Aufwand der Einarbeitung in teils komplizierte neue Instrumente wie den sektoralen Bebauungsplan nach § 9 Abs. 2d BauGB nicht. Die entsprechende Ankündigung im Koalitionsvertrag lässt hoffen. Dies gilt gleichermaßen für die Instrumente, die nur in angespannten Wohnungsmärkten zur Anwendung kommen dürfen.

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen

Die Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bebauungsplänen ist kein Selbstläufer. Eine neue Difu-Arbeitshilfe bietet Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung.



Foto: Vera Gutfowski, Difu

Eine effektive und rechtssichere Gestaltung des Verfahrens bei Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bebauungsplänen ist kein Selbstläufer. Es gilt, in einem gut strukturierten und möglichst schlanken Verfahren zu rechtswirksamen Bebauungsplänen zu kommen. Dazu bedarf es einer guten Wissensgrundlage und einer zielgerichteten Herangehensweise – im besten Fall jeweils gestützt durch umfangreiche Praxiserfahrung. Dieses Erfordernis greift die neue Difu-Arbeitshilfe auf, in der äußerst erfahrene Praktiker*innen, die gleichzeitig als Dozent*innen in der Wissensvermittlung tätig sind, ihre vielfach erprobten praktischen „Tipps und Tricks“ weitergeben.

Die bewährte Arbeitshilfe ist mittlerweile in einer dritten, grundlegend überarbeiteten Auflage erschienen. Sämtliche Gesetzesänderungen, insbesondere auch die des Gesetzes zur Mobilisierung von Bauland (Baulandmobilisierungsgesetz), welches am 22. Juni 2021 in Kraft getreten ist (BGBl I S. 1802), sowie die zwischenzeitlich ergangene Rechtsprechung sind eingearbeitet. Zudem wurden die in der zweiten Auflage dieser Arbeitshilfe enthaltenen Schemata, Muster und Formulierungsbeispiele weiterentwickelt und aktualisiert.

In gewohnter Form wird in der Arbeitshilfe zunächst das Regelverfahren mit Umweltprüfung dargestellt. Anschließend werden – jeweils in eigenen Kapiteln – die Besonderheiten des

vereinfachten sowie des beschleunigten Verfahrens gegenüber dem Regelverfahren herausgearbeitet. Die klare Strukturierung der einzelnen Kapitel entlang praktikabler Verfahrensabläufe und das ausführliche Inhaltsverzeichnis gewährleisten eine gute Übersichtlichkeit und erleichtern das schnelle Auffinden der relevanten Ausführungen. In differenzierter Weise werden die Anwendungsvoraussetzungen anhand vieler verschiedener Beispiele erläutert und die zum Teil komplizierten Abgrenzungsfragen verständlich dargestellt.

Auf die in dieser Difu-Veröffentlichungsreihe bewährte Art enthält auch die vorliegende überarbeitete Difu-Arbeitshilfe praxisnahe Empfehlungen, Muster und Formulierungsbeispiele für alle notwendigen Beschlüsse und weitere Verfahrenselemente sowie kommentierende Hinweise zu den rechtlichen und verwaltungspraktischen Anforderungen. Duktus und Darstellungsweise sind von dem Ziel einer effektiven und rechtssicheren Verfahrensabwicklung geleitet.

Für die Praxisnähe und ein hohes Maß an juristischer Kompetenz bürgt das Autor*innen-Team Dr. Marie-Luis Wallraven-Lindl und Andreas Uhmann, die über langjährige Erfahrungen im Planungsreferat der Landeshauptstadt München verfügen und denen besonderer Dank für diese für viele Kommunen und Fachleute wertvolle Publikation gebührt.



www.difu.de/publikationen
Erscheint in Kürze.



Ass.iur.
Stefanie Hanke LL.M
+49 30 39001-157
hanke@difu.de

Urbane Temporalitäten: Zeitforschung in der Stadt

Die neue Ausgabe der vom Difu vertriebenen Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte – MSG“ widmet sich dem Themenschwerpunkt „Urbane Temporalitäten“ und beleuchtet aus stadthistorischen Perspektiven, wie Zeitstrukturen städtisches Leben und Räume prägen.

Die Herausgeberinnen Dorothee Brantz (Berlin) und Bettina Severin-Barboutie (Gießen) heben in ihrer Einführung die Vielschichtigkeit von städtischen Zeitstrukturen und Raumgefügen hervor, die etwa in Rhythmen des Straßenlebens über Arbeitszeiten bis zur Saisonalität der Jahreszeiten zum Ausdruck kommen. Zu dem lange vernachlässigten Thema wurden inzwischen vielfältige Forschungsperspektiven entwickelt und neue Quellengruppen ausgewertet, wobei unter anderem unterschiedliche Zeitwahrnehmungen der Stadtbewohner*innen, aber auch Techniken des Dokumentierens, Formen des Erinnerns usw. von Interesse sind.

Die ersten Beiträge beschäftigen sich mit Fragen des Stadtraums als Kulturerbe und Palimpsest. Hier rekonstruiert zunächst Gábor Sonkoly (Budapest), wie sich seit 1900 die Wahrnehmung des urbanen Erbes (urban heritage) vom Schutz städtischer Monumente über die historische Rekonstruktion ganzer Stadtteile bis zur gegenwärtigen Perspektive auf historische Stadtlandschaften entwickelte. Anschließend greift Felix Ackermann (Warschau) die Metapher des Palimpsests auf und überträgt sie auf die Geschichte des Warschauer Stadtteils Muranów und die Überschreibung früherer jüdischer Wohngebiete durch die Neubebauung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Im zweiten Themenblock, der der Stadt als Ort des Bewahrens und Gedenkens gewidmet ist, beschäftigt sich Sina Steglich (London) mit Archiven als Orten der Zeitstrukturierung und Geschichtsdeutung städtischer Gesellschaften, die auch Gegenpole zur wachsenden Geschwindigkeit des städtischen Lebens darstellten. Tim Brückmann (Gießen) zeigt auf, wie der Jahrestag der Bombardierung Dresdens 1945 in der frühen DDR die Gedenkkultur der Stadt neu rhythmisierte und von der staatlichen Propaganda zur Verurteilung des ‚imperialistischen‘ Westens instrumentalisiert wurde.

Im dritten Themenblock, der sich mit Bewegung, Rhythmus und Stillstand in der Stadt beschäftigt, untersucht Massimo Moraglio (Berlin) Zeitdimensionen städtischer Mobilität im Individualverkehr aus transatlantischer Perspektive. Ausgehend von den unterschiedlichen Geschwindigkeiten von

Fußgänger*innen und Automobilen verweist er auf die Dominanz des industriegesellschaftlichen Zeitflusses und konstatiert eine Asynchronität zwischen verschiedenen Formen städtischer Mobilität. Anschließend befassen sich Felix Fugh (Berlin) und Christiane Reinecke (Oldenburg) in zwei Beiträgen mit Fragen der Zeitrhythmen in Jugendkulturen. Fugh zeigt am Beispiel von Jugendgruppen im London der Nachkriegszeit, wie die „swinging sixties“ einen neuen Rhythmus in die Stadt brachten und neue raumzeitliche Wahrnehmungen hervorriefen. Reinecke wendet sich vermeintlich randstädtischen Räumen an der Peripherie westeuropäischer Großstädte zu, die in der öffentlichen Wahrnehmung vielfach als Orte der Langeweile, des Stillstands und des Leidens daran galten. Den Themenschwerpunkt beschließt der führende Vertreter der stadtbezogenen Zeitforschung Dietrich Henckel (Berlin) mit einem Überblick über die neuere Forschung in diesem Feld, wobei der u.a. die Bedeutung von Städten als Brennpunkt vielfältigster Zeitrhythmen hervorhebt.



Das Heft wird abgerundet mit zwei Beiträgen in der themenoffenen Rubrik „Forum“. Małgorzata Popiołek-Roskamp (Erkner) rekonstruiert die Planungsgeschichte des polnischen Wintersportortes Zakopane unter der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg, und Jens van de Maele (Luxemburg) diskutiert die Dualität von architektonischer Form und politischer Selbstinszenierung in der Gestaltung von Ministeriumsbauten der Zwischenkriegszeit.



www.difu.de/publikationen
Erscheint in Kürze.



Prof. Dr.
Christoph Bernhardt
christoph.bernhardt@hu-berlin.de

Bevölkerung wünscht sich mehr urbane Wildnis und mehr Wohnraum

Die Wünsche der Bevölkerung für ihre Stadt der Zukunft unterscheiden sich deutlich vom heutigen Bild der Städte. Urbane Wildnis findet die größte Zustimmung. Daneben sind weniger Abfall, geringerer Ressourcenverbrauch sowie bezahlbarer Wohnraum gefragt.



Eine Kommune, die dem Verlust der Artenvielfalt entgegensteuert, vielfältige Lebensräume für Flora und Fauna bietet und diese auch auf neue Weise in bebaute Flächen integriert – eine solche „Urbane Wildnis“ steht ganz oben auf der Wunschliste der Bevölkerung Deutschlands, wenn man sie nach ihrer bevorzugten Vision einer Stadt der Zukunft fragt. Dies ist eines der Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, die die Bertelsmann Stiftung und das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) zusammen mit dem Meinungsforschungsinstitut Kantar Public durchgeführt haben. Den geringsten Anklang unter verschiedenen zur Auswahl stehenden Zukunftsvisionen fand „Sharing City“, in der Menschen Besitz und Konsum auf das Wesentliche konzentrieren, diverse Dinge teilen und leihen, statt sie zu kaufen.

Für die Befragung wurden neun Zukunftsvisionen zur Diskussion gestellt. Diese beschreiben vereinfacht, wie die Stadt der Zukunft organisiert und beschaffen sein könnte. Wohin soll sich die (Stadt-)Gesellschaft entwickeln und wie soll sie organisiert sein? Abgefragt wurden positiv geprägte Zukunftsbilder für die nachhaltigere Stadt von morgen. Auf die Zukunftsvision der „Urbanen Wildnis“ folgt in der Wertschätzung der Bürger*innen direkt die „Abfallfreie Stadt“. Dieses Modell orientiert sich am Prinzip der Kreislaufwirtschaft und reduziert den Ressourcen- und Energieverbrauch auf das notwendige Minimum. An dritter Stelle wird „Wohnraum für alle“ genannt – also eine Stadt, die allen Menschen in Zukunft einen ausreichenden, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum bietet.

Neben der positiven Bewertung der verschiedenen Visionen für die Stadt von morgen offenbart die neue Befragung auch erheblichen Handlungsbedarf. Denn der Umsetzungsstand aller neun abgefragten Visionen liegt jeweils deutlich hinter ihrer Erwünschtheit.

Auch wenn die „Urbane Wildnis“ das Konzept ist, das aus Sicht der Befragten schon heute am stärksten umgesetzt ist, zeigt sich eine deutliche Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die größte Diskrepanz zwischen der Erwünschtheit in der Zukunft und dem aktuellen Umsetzungsstand besteht jedoch beim Konzept „Wohnraum für alle“. Dementsprechend zeigt sich hier auch der größte kommunale Handlungsbedarf. Die geringste Notwendigkeit, aktiv zu werden, sehen die Befragten bei der „Sharing City“, der von ihnen am wenigsten gewünschten Zukunftsvision.

Die Vorstellungen der jungen Menschen im Alter von 14 bis 27 Jahren unterscheiden sich in einigen Aspekten deutlich von denen der befragten Gesamtbevölkerung. Klima, Umwelt und Energie sind ihnen besonders wichtig. Auch die Vision der „Selbstversorgenden Stadt“ findet bei ihnen mehr Zuspruch. Ebenfalls sehr wichtig ist ihnen die „Autofreie Stadt“. Sie thematisieren deutlich häufiger soziale Themen und das gesellschaftliche Miteinander im Zusammenhang mit ihren Wünschen an die nachhaltigere Stadt der Zukunft. Direktdemokratische Angebote finden sie wünschenswerter als andere Altersgruppen. Nun gilt es, diesem starken Wunsch nach Partizipation nachzukommen.



www.difu.de/17074



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Stadtplanung und Stadtentwicklung – Hebel für Ressourcen- & Klimaschutz

Für die Kommunalplanung stehen Städten zentrale Instrumente für den Ressourcen- und Klimaschutz zur Verfügung. Ein neuer Leitfaden stellt die Möglichkeiten dieses effektiven Werkzeugkastens dar und zeigt tragfähige Ressourceneinsparpotenziale.



Foto: Vera Gutofski, Difu

Die Relevanz des Planens und Bauens wird immer stärker im umweltpolitischen Diskurs wahrgenommen. Dies ist nicht verwunderlich, da das Bauwesen durch Errichten, Nutzen und Rückbau von Bauten mit hohen Verbräuchen von Ressourcen wie etwa Baumaterialien, Energie, Wasser, Flächen/Boden, etc. verbunden ist. Der Bausektor ist zum Beispiel für rund 40 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Zudem entstehen hier die größten Abfallströme.

Die Schaffung von neuem Wohnraum ist laut Koalitionsvertrag auch ein zentrales Anliegen der neuen Regierung. Es sollen 400.000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden, wobei – auch mit Blick auf die „graue Energie“ – die Frage geklärt werden muss, wie dies mit den im gleichen Bericht formulierten Klimaschutzziele einhergehen kann.

Vor dem Hintergrund dieser Problematik wurde u.a. im Jahr 2019 die Initiative „Bauhaus der Erde“ gegründet, welche angesichts des Klimawandels auf die Notwendigkeit der Transformation der gebauten Umwelt abzielt. Der Klimaforscher Prof. Hans Joachim Schellnhuber argumentiert, dass „ohne radikale Bauwende das Pariser Klimaabkommen scheitern wird“. Auch Planer*innen und Architekt*innen sind zunehmend sensibel, was die Themen des Klima- und Ressourcenschutzes angeht. In dem Positionspapier „Das Haus der Erde“ des „Bund Deutscher Architekten (BDA)“ sind zehn Postulate, u.a. „Bauen als materielle Ressource“, „vollständige Entkarbonisierung“ und „neue Mobilitätsformen“ aufgeführt.

Um zukunftsfähig zu handeln, gilt es, eine ressourcen- und klimaschonende Planung und Errichtung der gebauten Umwelt umzusetzen. Das bedeutet: Der Blick muss verstärkt auf die den Kommunen zur Verfügung stehenden Instrumente der Stadtplanung und Stadtentwicklung gelenkt werden.

Vor diesem Hintergrund beauftragte das Umweltbundesamt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und das Öko-Institut mit dem Projekt „Steuerebare urbane Stoffströme“. Das Projektteam erarbeitete den Leitfaden „Stadtplanung und Stadtentwicklung als Hebel für den Ressourcen- und Klimaschutz: Kommunale Instrumente, Fallbeispiele und Potenziale zur Reduktion der Ressourceninanspruchnahme“. Der Leitfaden beantwortet viele wichtige Fragen: Er führt in die Thematik des nachhaltigen Planens und Bauens ein, zeigt Instrumente der Stadtplanung und Stadtentwicklung zur Steuerung von Stoffströmen auf, beschreibt Anwendungsbeispiele aus vier Kommunen, macht deutlich, welche Massenströme eingespart werden können und beschreibt Wege und Lösungsmöglichkeiten für ein optimiertes Vorgehen bei der Steuerung von Stoffströmen zur Reduzierung der Ressourceninanspruchnahme.

Der Leitfaden soll Planer*innen, Fachämtern und der lokalen Politik die vielfältigen Möglichkeiten des kommunalen Ressourcenschutzes mit Mitteln der Stadtplanung und Stadtentwicklung aufzeigen und damit eine Hilfestellung bei der umweltgerechten Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen bieten.



www.difu.de/17042



Dipl.-Ing.
Maic Verbücheln
+49 30 39001-263
verbuecheln@difu.de



Gute und sichere Fahrradstraßen: Empfehlungen für die Praxis

Ein neuer Leitfaden liefert Empfehlungen und Anwendungsbeispiele, die helfen, gute Fahrradstraßen zu planen und einzurichten. Neben dem Sicherheitsempfinden und Komfort für Radfahrende stand auch der flüssige Verkehrsablauf im Fokus.

In Deutschland gibt es keine allgemeingültigen Gestaltungs- und Einrichtungsempfehlungen für Fahrradstraßen. Das sorgt dafür, dass verschiedene Typen von Fahrradstraßen existieren und die Bundesländer zahlreiche regionale Empfehlungen aussprechen. Unterschiede gibt es in der Breite, der Beschilderung, der Regelung von Vorfahrten sowie der Anordnung des Parkens und der Begrenzung des Kfz-Verkehrs.

Welche Gestaltungen sind auf Fahrradstraßen zielführend? Welche Einsatzkriterien eignen sich besonders und können bundesweit einheitlich angewendet werden? Diese und weitere Fragen werden in der neuen Publikation „Fahrradstraßen – Leitfaden für die Praxis“ beantwortet. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat die darin zusammengefassten Ergebnisse in Kooperation mit der Bergischen Universität Wuppertal erarbeitet.

Die Ergebnisse im Leitfaden zeigen, dass Fahrradstraßen vor allem dann von Radfahrenden genutzt werden, wenn das Verhältnis zwischen Rad- und Kfz-Verkehr stimmt. Wenn mindestens so viele Radfahrende wie Kfz über den Tagesverlauf auf der Straße unterwegs sind, wird die Fahrradstraße angenommen und nur noch selten der Gehweg als Ausweichmöglichkeit gewählt.

Klare Auswirkungen durch die Verwendung von Farbflächen konnten bei den Untersuchungen nicht ausgemacht werden. Die Verwendung von Sicherheitstrennstreifen mit einer Breite von 0,75 Metern hingegen sorgt dafür, dass es deutlich weniger Konflikte zwischen ruhendem Kfz-Verkehr und dem Radverkehr gibt. Das sind nur einige der im Leitfaden gebündelten Erkenntnisse, die aus der Analyse bestehender Literatur und Regelwerke, aus Erhebungen vor Ort sowie aus Expert*inneninterviews hervorgegangen sind. Außerdem wurden Daten aus kameragestützter Verkehrsbeobachtung, aus Unfallanalysen und aus Zählungen berücksichtigt. Die so zusammengetragenen Erkenntnisse wurden in zwei Expert*innenworkshops kritisch diskutiert.

Der Leitfaden bietet eine Übersicht zu den rechtlichen Rahmenbedingungen, der Verkehrssicherheit auf Fahrradstraßen sowie zu den Einsatzkriterien von Fahrradstraßen. Es sind zudem hilfreiche

Hinweise für die Umsetzung zu finden. Neben den oben genannten Erkenntnissen zur Wirksamkeit verschiedener Gestaltungen sind auch Gestaltungsempfehlungen zu finden. Dabei geht es um Markierungen, Fahrbahnbreiten, Knotenpunkte, Verkehrsberuhigung, den ruhenden Verkehr und den Lieferverkehr sowie die Netzeinbindung von Fahrradstraßen.



Foto: Ulrike Jehle, Qimby

Das Forschungsprojekt, in dessen Rahmen der Leitfaden entstanden ist, wurde durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mit Mitteln zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans 2020 gefördert.



www.difu.de/16805



Dipl.-Geogr. Tobias Klein
+49 30 39001-175
klein@difu.de

Wirtschaftsförderungen in den Städten zukunftsfit machen

Eine Studie des Difu mit den Städten Bremen, Frankfurt am Main, Freiburg, Karlsruhe, Kiel, Konstanz, Ludwigsburg, München, Nürnberg und der Region Hannover zeigt, wie Wirtschaftsförderungen der Kommunen ihre eigene Innovationsfähigkeit stärken können.

Corona hat die Zerbrechlichkeit des (globalen) Wirtschaftssystems in seiner einseitigen Fokussierung auf Rendite und ökonomisches Wachstum aufgedeckt. Themen wie Krisenfestigkeit, Resilienz und Anpassungsfähigkeit erfahren dabei nicht nur mit Blick auf die Bewältigung der Coronakrise eine neue Hochkonjunktur. Denn auch die globalen Megatrends erzeugen einen Veränderungsdruck, der es für Wirtschaftsförderungen erforderlich macht, sich – viel stärker als bisher – an den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 und ihren Sustainable Development Goals (SDGs) zu orientieren. Dies wirft die Frage nach ihrer Innovationsfähigkeit auf, um eine regional sowie global nachhaltige und krisenfeste Wertschöpfung zu ermöglichen, lokale bzw. stadt(teil)bezogene Formen der Gemeinwohlökonomie als Beitrag zum Abbau sozialer Ungleichheiten zu fördern und Ansätze einer energieeffizienten und ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft als Teil einer suffizienten Stadtentwicklung zu stärken.



qualitativ noch stärker an Nachhaltigkeitsgesichtspunkten ausgerichtet werden. Für den Organisationsaufbau können flache Hierarchien das prozessorientierte und agile Arbeiten unterstützen – flankiert durch fach- und bereichsübergreifende Ad-hoc-Teams für projektbezogene Aufgaben sowie Bottom-up-Initiativen der Mitarbeitenden.

Mit den neuen Aufgaben der Wirtschaftsförderungen wird es auch erforderlich, dass der bestehende Instrumentenkasten konsequent eingesetzt und ergänzt wird. Dazu zählt beispielsweise der Ankauf, die Entwicklung, Vermarktung und das Monitoring von Wirtschaftsflächen und ein nachhaltiges Gewerbegebietsmanagement (einschließlich eines Leerstands-, Brach- und Dachflächenkatasters). Um neue Stakeholder zu erreichen und insbesondere der Vernetzungsfunktion gerecht zu werden, sollten Wirtschaftsförderungen beispielsweise vermehrt Miteigentümer von Innovations- und Nachhaltigkeitshub(s) zur Gründung und Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Start-ups werden. Ein starkes dynamisches Gründungs- und Innovationsökosystem ist ein zunehmend wichtiger Motor und Treiber der Wirtschafts- und Standortentwicklung. Um Unternehmen bei ihrer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie zu unterstützen und nachhaltig ausgerichtete Ökonomien zu fördern, sollte Wirtschaftsförderung im Sinne eines „Sustainable Innovation Office“ aktiv werden.

Die Gemeinschaftsstudie, die das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) zusammen mit den Wirtschaftsförderungen von neun Städten (Bremen, Frankfurt am Main, Freiburg, Karlsruhe, Kiel, Konstanz, Ludwigsburg, München, Nürnberg) und der Region Hannover durchgeführt hat, enthält diverse Best-Practice-Beispiele aus Deutschland und dem europäischen Ausland und eignet sich als Steinbruch für die praktische Arbeit der kommunalen Wirtschaftsförderungen. Dabei muss natürlich eine Auswahl aus den verschiedenen dargestellten Ansätzen vorgenommen werden, um diese auf die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort zu zuschneiden.

Mit Blick auf diese Herausforderungen zeigt die neue Difu-Studie verschiedene Ansatzpunkte auf, die sich für eine umfassende Neuaufstellung der kommunalen Wirtschaftsförderung anbieten. So ist beispielsweise für die Organisationsstruktur einer Wirtschaftsförderung der Zukunft ein Kernteam mit Verantwortung für zentrale Handlungsfelder (Bestandspflege, Gründungs- und Ansiedlungsförderung, Netzwerke und Cluster) weiterhin zielführend. Allerdings sollten die Tätigkeiten



www.difu.de/16870



Dipl.-Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Smart Cities befähigen

Kommunen erhalten Unterstützung bei der Mitwirkung an europäischen Netzwerken, Initiativen und Projekten.

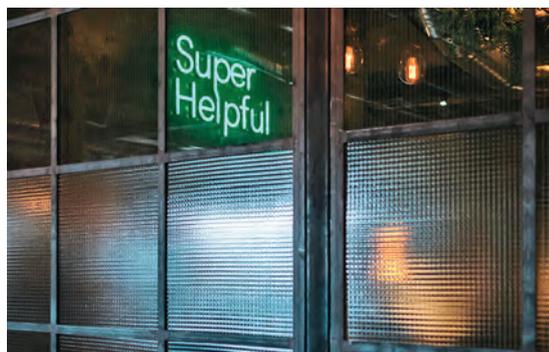
Smart Cities befähigen



www.difu.de/16785



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de



Im Zuge des European Green Deals wird die nationale Umsetzung europäischer Initiativen in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle spielen. Eines der strategischen Ziele besteht darin, die Entwicklung europäischer Kommunen auf dem Weg hin zu „Smart Cities“ zu fördern – insbesondere im Hinblick auf den Beitrag, den Städte und Gemeinden zur Umsetzung der Klimaschutz- und Energieeffizienzziele der EU leisten. Zu diesem Zweck ist auf zwischenstaatlicher Ebene ein Austausch darüber erforderlich, wie nachhaltige, digitale Stadtentwicklung auf der nationalen Ebene gestaltet, und wie die lokale Ebene im Sinne einer integrierten Stadtentwicklung als Treiber für die digitale Transformation wirken kann.

Mit Blick auf Deutschland ist der Bedarf erkennbar, Kommunen bei der Mitwirkung an europäischen Netzwerken, Projekten und Initiativen strukturiert zu unterstützen. Das vom BBSR geförderte Projekt „Smart Cities befähigen – Handlungsansätze zur europäischen Vernetzung“ greift diesen Bedarf auf.

Die gezielte Information, Schulung und Befähigung zur europäischen Vernetzung bilden daher den Kern des Projekts. Mittels Peer-Learning-Angeboten und Fachworkshops soll es den Kommunen praktische Instrumente und Wissen an die Hand geben. Zugleich werden über das Projekt auf nationaler Ebene Austauschstrukturen zu Digitalisierung und Stadtentwicklung aufgebaut. Im Fokus steht hier die Vernetzung zwischen den für Stadtentwicklung und Digitalisierung zuständigen Ministerien sowie institutionellen Akteuren auf EU-Ebene und etablierten Netzwerken und Initiativen. Das Difu führt das Projekt gemeinsam mit adelphi (Leadpartner) und der Steinbeis 2i GmbH durch.

Infrastrukturen im Strukturwandel



www.difu.de/17034



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Infrastrukturen im Strukturwandel

Wie können Infrastrukturen zur sozial-ökologischen Transformation von Braunkohlerevieren beitragen?



Zur Stärkung des Klimaschutzes in Deutschland wurden mit der Novellierung des Klimaschutzgesetzes im Jahr 2021 die Treibhausgasemissionsziele für 2030 noch einmal verschärft und das Ziel der Klimaneutralität auf das Jahr 2045 gelegt. Ein wichtiger Schritt im Energiesektor ist dabei der Ausstieg aus dem Abbau und der Verstromung von Braunkohle. Der Beschluss, bis spätestens im Jahr 2038 aus der Braunkohleförderung in Deutschland auszusteigen, betrifft nicht nur die Energie- und Klimapolitik. Die Braunkohlereviere sehen sich in den kommenden Jahren einem grundlegenden Strukturwandel gegenüber, der mit umfangreichen Fördermitteln flankiert und im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung gesteuert werden soll.

Im Rahmen des Vorhabens „Transformation regionaler Infrastrukturen für einen sozial-ökologischen Strukturwandel und eine nachhaltige Raumentwicklung“ (TransIS) wird für das Rheinische, das Mitteldeutsche und das Lausitzer Revier untersucht, welchen Beitrag eine an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtete Gestaltung und innovative Vernetzung regionaler Infrastrukturen für einen sozial-ökologischen Strukturwandel leisten und welche Impulse davon für eine nachhaltige Regionalentwicklung ausgehen können.

In Abstimmung mit dem Umweltbundesamt als Auftraggeber werden in partizipativen Prozessen mit Akteuren aus den drei Revieren heraus konkrete Empfehlungen für infrastrukturelle Modelle eines nachhaltigen Strukturwandels und künftige Fördermittelpolitiken erarbeitet. Das Difu führt das Vorhaben gemeinsam mit der BTU Cottbus-Senftenberg, dem Ecologic Institut und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie durch.

Nachhaltige urbane Mobilität

Im Forschungsprojekt wird untersucht, wie nachhaltige Mobilität zum Bestandteil des städtischen Alltags werden kann.

Nachhaltige urbane Mobilität



www.difu.de/16750



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de



Foto: Martin Randelhoff, gimby

Wie kann der Anteil aktiver und nachhaltiger Mobilität – beispielsweise Radfahren oder das Zufußgehen – am Stadtverkehr steigen? Diese Frage ist für das BMBF-Förderprojekt EASIER erkenntnisleitend. Das Projekt verfolgt dabei einen neuen ganzheitlichen Ansatz, der darauf abzielt, Verhaltens- und Sichtweisen hinsichtlich des Zugangs und der Vernetzung urbaner Verkehrssysteme zu verändern. Beispiel Fußverkehr: Bei Fördermaßnahmen des Fußverkehrs sind nicht nur ausreichend dimensionierte Gehwege, sichere Querungen und eine möglichst direkte Wegeverbindung wichtig. Was zählt, ist auch die wahrgenommene Umgebung, die lärmarm, sozial sicher und erlebnisreich gestaltet werden sollte. Doch obwohl der Fußweg zur Haltestelle eine besonders wichtige Rolle spielt, wird er in den Planungen der Verkehrsbetriebe, aber auch in der kommunalen Verkehrsplanung bislang kaum systematisch in den Blick genommen. Die Gestaltung des Umfeldes von Haltestellen, beispielsweise hinsichtlich der Wegedistanzen oder Wartezeiten an Straßenübergängen, kann jedoch die Akzeptanz öffentlicher Verkehrsangebote ganz maßgeblich beeinflussen.

Solare Wärmenetze



www.difu.de/16749



Dipl.-Geogr. Jan Walter
+49 221 340308-26
walter@difu.de

Christin Reimer
+49 30 39001-334
reimer@difu.de

Mit Hilfe des „tactical urbanism“, wonach versuchsweise und temporär alternative Maßnahmen im öffentlichen Straßenraum eingeführt werden, will das Projekt Hinweise hinsichtlich der folgenden Frage gewinnen: Wie kann das Mobilitätsverhalten zugunsten einer Stärkung des multimodalen Verkehrs – d.h. einer stadtverträglichen Nutzung von verschiedenen Verkehrsmitteln – beeinflusst werden? An dem Projekt sind verschiedene Partner in Kopenhagen, Oslo, Trondheim, Stavanger, Lund, Berlin und dem Saarland beteiligt. Das Difu übernimmt den Wissenstransfer in die kommunale Praxis.

Solare Wärmenetze

Verbundprojekt-Team berät Akteure der kommunalen Wärmewende im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative.



Foto: Guido Broer

Unter solaren Wärmenetzen versteht man die Nutzung von großen Solarthermieanlagen in Kombination mit anderen erneuerbaren Energien und Effizienztechnologien in Nah- und Fernwärmenetzen. Nach langjähriger Entwicklungszeit begann in der vergangenen Dekade eine erfolgreich anziehende Markteinführung von großer Solarthermie als Erzeugungstechnologie für die kommunale Wärmeversorgung. Dieser Zuwachs beschleunigt sich und findet aktuell sowohl in städtischen Fernwärmenetzen als auch in – meist neuen – Wärmenetzen im ländlichen Raum statt.

Das Projekt SolnetPlus soll diese positive Entwicklung verstetigen und stärken und die Kommunen dabei unterstützen, ihren Beitrag zur Wärmewende und zugleich zur Daseinsvorsorge und regionaler Wertschöpfung zu leisten. Ziel ist es, den Zubau von neuen Anlagen zu forcieren – anvisiert werden bis zum Projektende rund 100 zusätzliche Megawatt Leistung – und somit Treibhausgasemissionen in relevantem Umfang zu mindern sowie solare Wärmenetze bei Kommunen wie in der Wärmeversorgerbranche weiter zu etablieren.

Das Angebot reicht von Information über Beratung und Qualifizierung bis hin zu aktivierenden Maßnahmen. In Form von Tagungen, Fachseminaren und Planungsworkshops sowie Publikationen werden neben Fachpersonal und Entscheidungsträger*innen aus Kommunalverwaltung und -politik auch Akteure der Energie- und Wärmeversorgerbranche adressiert. Das Difu führt das Projekt im Verbund mit verschiedenen Partnern durch und fungiert als Schnittstelle zu den Kommunen. Das Bundesumweltministerium fördert das Projekt im Förderaufruf „Innovative Klimaschutzprojekte im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI)“.

Wie wirkt das KiTaG?

Difu beteiligt sich an Evaluation des Kindertagesförderungsgesetzes in Schleswig-Holstein.

Wie wirkt das KiTaG?



www.difu.de/16794



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de



Die Betreuung von Kindern hat in den vergangenen Jahren für die Kommunen bundesweit fiskalisch deutlich an Bedeutung gewonnen. Seit dem Jahr 2005 haben sich die Ausgaben für diesen Aufgabenbereich mehr als verdreifacht. Die Kinderbetreuung beansprucht trotz steigender Leistungen der Länder und Fördermittel des Bundes in immer höherem Ausmaß allgemeine Deckungsmittel der Kommunen.

Wie auch in anderen Bundesländern gibt es in Schleswig-Holstein je nach Altersgruppe, Betreuungsform und Finanzierungsgegenstand mehrere parallele Finanzierungsstränge. Die Regelungen des aus dem Jahr 1991 stammenden Kindertagesstättengesetzes konnten jedoch regionale Disparitäten in der Gestaltung der Finanzierung, hohe Elternbeiträge und die indirekte Beeinträchtigung qualitativer Aspekte nicht ausreichend begrenzen. Das zum 1. Januar 2021 in Kraft getretene Kindertagesförderungsgesetz (KiTaG) soll dies zukünftig ändern.

Das neue Gesetz sieht vor, die Wirkungen der veränderten Regelungen sowohl hinsichtlich der Finanzen als auch in Bezug auf die Qualität zu evaluieren. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren des Landes Schleswig-Holstein hat deshalb das FiBS Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie beauftragt, die Evaluation für den Teilbereich „Strukturen und Finanzen“ gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und dem Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge (KOWID) durchzuführen. Der Zeitraum der Evaluation umfasst mehrere Jahre. Abschließende Ergebnisse liegen voraussichtlich im Jahr 2023 vor.

Verwaltung 2.030 in Detmold



www.difu.de/16793



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Verwaltung 2.030 in Detmold

Erprobung von innovativen Verwaltungsstrukturen zur integrierten Umsetzung der Agenda 2030.



Durch globale gesamtgesellschaftliche Herausforderungen sehen sich Kommunen einer zunehmenden Komplexität in ihren Entscheidungen und Handlungen ausgesetzt. Dabei kommt gerade ihnen eine zentrale Rolle für die Bewältigung multidimensionaler Problemlagen zu. Die etablierten Verwaltungs- und Haushaltsstrukturen mit ihrem sektoralen Aufbau stehen jedoch im Gegensatz zu der erforderlichen integrativen Herangehensweise. Dies ruft nach innovativen, querschnittsorientierten Ideen sowie einem übergeordneten Bezugsrahmen. Einzelne Kommunen versuchen bereits, den spezifischen Anforderungen durch geeignete Maßnahmen gerecht zu werden. Eine grundlegende Anpassung der etablierten Strukturen steht jedoch noch aus.

Die Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen gab den Impuls zur zukunftsfähigen Neugestaltung von Verwaltungsstrukturen und könnte den erforderlichen Bezugsrahmen bilden. Hier setzt das Verbundvorhaben „Verwaltung 2.030“ an. Gesamtziel des Vorhabens ist es, innovative Verwaltungsstrukturen zur integriert-agilen Umsetzung der Agenda 2030 zu entwickeln und ihre Funktionsfähigkeit in der Stadtverwaltung Detmold zu erproben. Die Erkenntnisse dienen der direkten Umsetzung der Detmolder Nachhaltigkeitsstrategie. Die generierten Ergebnisse werden außerdem für einen interkommunalen Wissenstransfer aufbereitet und können so bundesweit Anwendung finden.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. führt das Projekt als Verbundkoordinatorin gleichberechtigt mit der Stadt Detmold und dem Deutschen Institut für Urbanistik durch. Das Projekt ist auf zwei Jahre angelegt.

Bebauungsplan

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt.

Der Bebauungsplan (auch B-Plan) ist unverzichtbar, um die Nutzungsmöglichkeiten der Grundstücke in der Gemeinde rahmensetzend vorzugeben. Er dient der Schaffung einer geordneten sozialgerechten und nachhaltigen Nutzung von Grund und Boden. Durch die Aufstellung von Bebauungsplänen können die Gemeinden neue Baugebiete für Wohnen, Gewerbe oder andere Nutzungen schaffen. Dabei können nicht nur die Art und der Umfang der baulichen Nutzung festgelegt werden, sondern auch die für Grün, Verkehr oder andere Infrastruktur vorgesehenen Flächen gesichert werden. Bei bestehenden Baugebieten kann die Aufstellung eines Bebauungsplans erforderlich sein, um städtebaulichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, um aus verschiedenen Nutzungen entstehende Konflikte zu minimieren oder Flächen für bestimmte Nutzungen vorzubehalten und zu sichern.

In einem B-Plan müssen alle bekannten Sachverhalte und Interessen (private und öffentliche Belange) berücksichtigt werden, die für die Nutzung und Bebauung des Gebiets relevant sind. Dies erfolgt auf der Basis einer zweistufigen Beteiligung der Öffentlichkeit und einer Konsultation der Träger öffentlicher Belange.

„Bebauungspläne sind das wichtigste rechtliche Instrument, um dem im Grundgesetz (Art. 28 Abs. 2) begründeten Auftrag gerecht zu werden, die örtlichen Angelegenheiten als Gemeinde im Sinne einer nachhaltigen und gerechten Bodenordnung zu gestalten.“

Ein Rechtsanspruch auf Aufstellung eines Bebauungsplans besteht nicht. Die Gemeinde stellt Bebauungspläne in Wahrnehmung ihrer Planungshoheit auf, sobald und soweit sie dies für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung für erforderlich hält. Bebauungspläne sind als Satzungen (oder Rechtsverordnungen) rechtlich verbindlich und werden aus dem Flächennutzungsplan (vorbereitenden Bauleitplan) der Gemeinde entwickelt.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Radverkehr und Verkehrswende

Eine Geschichte von Gegenwind und Rückenwind

Von Tilman Bracher

2021, Bd. 19, vierfarbig, zahlreiche Fotos, 168 S., 34 €

ISBN 978-3-88118-680-3, **eBOOK** 29,99 €

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen
Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, 39 €

ISBN 978-3-88118-643-8, **eBOOK** 33,99 €

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-8

www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.),

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €

ISBN 978-3-88118-584-4

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €

ISBN 978-3-88118-579-0

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €

ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

Difu-Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen **NEU**

3., grundlegend überarbeitete Auflage unter Berücksichtigung des Baulandmobilisierungsgesetzes

Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung

Von M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmann
2022, ca. 224 S., 39 Euro, erscheint Januar 2022

ISBN 978-3-88118-682-7, **eBOOK** ca. 34 Euro

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage, A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl,

A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €

ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

Vielfalt und Sicherheit im Quartier

Konflikte, Vertrauen und sozialer Zusammenhalt in europäischen Städten

G. Bartl, N. Creemers, H. Floeting (Hrsg.)

Bd. 3/2020, 182 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-667-4, **eBOOK** 16,99 €

Verkehrswende nicht ohne attraktiven ÖPNV

Wie lassen sich große ÖPNV-Projekte erfolgreich umsetzen?

Jürgen Gies (Hrsg.), Bd. 2/2020, 104 S., 18 €

ISBN 978-3-88118-648-3, **eBOOK** 15,99 €

Checkpoint Teilhabe

Kinder- und Jugendhilfe + BTHG –

Neue ganzheitliche Lösungen entwickeln!

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“

Bd. 1/2020, 160 S., 20 Euro

ISBN 978-3-88118-653-7, **eBOOK** 16,99 €

Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?

Die lebenswerte Stadt: Handlungsfelder und Chancen

Von Tilman Bracher u.a., Bd. 2/2019, 68 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-642-1, **eBOOK** 12,99 €

Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau

Evaluation „Planungsdialog Borgholzhausen“

Von Stephanie Bock, Jan Abt, Bettina Reimann

Bd. 1/2019, 98 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-640-7, **eBOOK** 12,99 €

Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten

Fachtagungsdokumentation

M. Hertel, T. Bracher, T. Stein (Hrsg.)

Bd. 8/2018, 90 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-625-4, **eBOOK** 12,99 €

Junge Flüchtlinge – Perspektivplanung und Hilfen zur Verselbstständigung

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum (Hrsg.), Bd. 7/2018, 188 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-626-1, **eBOOK** 16,99 €

Neue Konzepte für Wirtschaftsflächen

Herausforderungen und Trends am Beispiel des

Stadtentwicklungsplanes Wirtschaft in Berlin

Von S. Wagner-Endres u.a.

Bd. 4/2018, 84 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-614-8, **eBOOK** 12,99 €

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten

Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern

und Mikro-Hubs, W. Arndt und T. Klein (Hrsg.)

Bd. 3/2018, 96 S., **eBOOK** 12,99 €

Difu-Papers

Klimaschutz, erneuerbare Energien und Klimaanpassung in Kommunen

Maßnahmen, Erfolge, Hemmnisse und Entwicklungen – Ergebnisse der Umfrage 2020

Von J. Hagelstange, C. Rösler und K. Runge

2021, 24 S., nur online

www.difu.de/16344

Altersarmut in Städten

Kommunale Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten. Von Beate Hollbach-Grömig u.a.

2020, 56 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

www.difu.de/15789

Kommunale Wirtschaftsförderung 2019

Strukturen, Aufgaben, Perspektiven: Ergebnisse der Difu-Umfrage

Von Sandra Wagner-Endres

2020, 42 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

www.difu.de/15617

Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme

Von Jens Libbe und Roman Soike

2017, 28 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

www.difu.de/11741

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwander: www.difu.de/12544

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

 Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwander kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwander auch digital.

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)

Monitor Nachhaltige Kommune – Bericht 2021 **NEU**

Visionen zur Stadt der Zukunft. Kommunen in der sozial-ökologischen Transformation

Von Jasmin Jossin

2021, 52 S., nur online

➔ www.difu.de/17077

Ressourcenschutz durch Stadtplanung und Stadtentwicklung **NEU**

Von Maic Verbücheln, UBA (Hrsg.)

2021, 24 S., nur online

➔ www.difu.de/17053

Steuerbare urbane Stoffströme – Möglichkeiten und Grenzen der nachhaltigen Steuerung städtischer und stadtreionaler Stoffströme mittels Instrumenten der Stadtplanung **NEU**

Abschlussbericht

Von Maic Verbücheln u.a., UBA (Hrsg.)

2021, 280 S., nur online

➔ www.difu.de/17052

Stadtplanung und Stadtentwicklung als Hebel für den Ressourcen- und Klimaschutz **NEU**

Kommunale Instrumente, Fallbeispiele und Potenziale zur Reduktion der Ressourceninanspruchnahme

Von Maic Verbücheln u.a., UBA (Hrsg.)

2021, 68 S., nur online

➔ www.difu.de/17038

Räumliche Dimensionen der Zukunftsstadt **NEU**

Integrierte Perspektiven auf bauliche Strukturen und Freiräume

Von Robert Riechel, Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt – SynVer*Z – (Hrsg.)

2021, 50 S., nur online

➔ www.difu.de/16943

Digitalisierung der Schulen – vielfältige Herausforderungen für die Kommunen **NEU**

Von Christian Raffer u.a.

2021, 6 S., nur online

➔ www.difu.de/16868

Innovationsfähigkeit der Wirtschaftsförderung: Akteure - Instrumente - Handlungsansätze. Gemeinschaftsstudie

Von Sandra Wagner-Endres, Henrik Scheller, Oliver Peters, Hanna Gieseler

2021, 93 S., nur online

➔ www.difu.de/16879

SDG-Maßnahmen für Kommunen

Kommunaltypen, Handlungsempfehlungen und Praxisbeispiele

Von Oliver Peters u.a., 2021, 240 S., nur online

➔ www.difu.de/16716

Kinder und Jugendliche im Quartier

Handbuch und Beteiligungsmethoden zu Aspekten der urbanen Sicherheit

Von Jan Abt u.a.

2021, 64 S., nur online

➔ www.difu.de/16823

Wie leben wir morgen

Forschungsimpulse für eine nachhaltige Stadt
Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt – SynVer*Z – (Hrsg.)

2021, 68 S., online und kostenlose Printversion

➔ www.difu.de/16806

Fahrradstraßen – Leitfaden für die Praxis

Difu und Bergische Universität Wuppertal (Hrsg.)

2021, 52 S., nur online

➔ www.difu.de/16805

Radverkehrsinfrastruktur – Baustein der Verkehrswende

Gemeinsame Abschlusspublikation des NRVF-Forschungsbegleitkreises „Förderschwerpunkt Infrastruktur“

Tobias Klein (Hrsg.)

2021, 79 S., online und kostenlose Printversion

➔ www.difu.de/16804

Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes durch Neubau und Ankauf als wohnungspolitische Strategie

Von Ricarda Pätzold, Thomas Franke u.a., BBSR (Hrsg.), 2021, 129 S., nur online

➔ www.difu.de/16801

Fokus Einstieg in die Kommunalverwaltung

Was Sie als Klimaschutzmanager*in wissen müssen

Von Oliver Reif-Dietzel u.a., SK:KK (Hrsg.)

2021, 20 S., nur online

➔ www.difu.de/16742

Städtebauliche Begleitplanung zum Streckenausbau der Bestandsstrecke Rotenburg-Verden (Alpha-E)

Ein neues Instrument im Praxis-Check

Von D. Michalski, W.-Chr. Strauss, J. Hasse

2021, 148 S., nur online

➔ www.difu.de/16761

Klimafreundliche Mobilität für Stadt und Land

Von Cornelia Rösler u.a.

2021, 10 S., nur online

➔ www.difu.de/16708

Kooperation von Kommunen und Krankenkassen

Gemeinsam gesunde Lebenswelten schaffen

Von Christa Böhme und Thomas Franke

2021, 72 S., nur online

➔ www.difu.de/16700

Das Umland der Städte

Chancen zur Entlastung überforderter Wohnungsmärkte. Plausibilitäten – Determinanten – Restriktionen

Von Carsten Kühl, Ricarda Pätzold u.a.,

i.A. des Verbändebündnisses Wohnungsbau 2021, 72 S., nur online

➔ www.difu.de/16618

OB-Barometer 2021

Difu (Hrsg.), 4 S., kostenlos

➔ www.difu.de/16654

KfW-Kommunalpanel 2021

Von Christian Raffer und Henrik Scheller,

i.A. der KfW Bankengruppe

2021, 32. S., nur online

➔ www.difu.de/16620

Aktive Bodenpolitik – Fundament der Stadtentwicklung

Bodenpolitische Strategien und Instrumente im Lichte der kommunalen Praxis

Von L. Adrian, A. Bunzel, D. Michalski, R. Pätzold 2021, 115 S., online und kostenlose Printversion

➔ www.difu.de/16296

Stadtentwicklung in Coronazeiten

Von Arno Bunzel und Carsten Kühl

2020, 36 S., nur online

➔ www.difu.de/15641

Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden. 3. Aufl., 2018, 454 S., nur online

➔ www.difu.de/11742

Zeitschrift

Urbane Temporalitäten **NEU**

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 2/2021, 176 S.

Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

Städtisches Wissen

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Halbjahresschrift, Heft 1/2021, 170 S.

Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 €

Dokumentationen

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen 2021 **NEU**

Rita Gräber (Bearb.), 2021, 176 S., Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €

➔ www.difu.de/publikationen

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung 2021 **NEU**

C. Bruchmann, 2021, 232 S., Einzelband 36,40 €, Jahresabo 28 €

➔ www.difu.de/publikationen



Foto: Marcus Sietlaf

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Städte, Verbände und Planungsgemeinschaften

Wichtigste Kooperationspartner des Difu sind seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften, die besonders eng mit dem Difu kooperieren und das Institut durch eine jährliche Zuwendung unterstützen. Durch die enge Kooperation mit ihnen sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung, moderiert den kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet umfangreiche Serviceleistungen an:

Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Zuwanderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

Ob vor Ort, online oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwanderschaft besonders: Für Zuwander gelten stark reduzierte Seminarbeiträge. Das Institut hat sein Online-Fortbildungsangebot seit der Pandemie deutlich ausgeweitet.

➔ www.difu.de/12805

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und

Lösungswege vergleichbarer Städte kennenzulernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwander.

➔ www.difu.de/15166

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu z. B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Auch Kostenbeteiligungen an Studien sind für Zuwander günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle“ Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Zuwander können sich über exklusive Neuerscheinungen auch per RSS-Feed informieren lassen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwanderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).

➔ www.difu.de/extranet

➔ www.difu.de/6334

Kostenfreier Zugang in die Difu-Datenbank ORLIS

Die Online-Recherchen in der Difu-Literaturdatenbank ORLIS ist nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunal relevante Literatur – teilweise im Volltext.

➔ www.difu.de/37

Alle Neuerscheinungen kostenfrei im Regelversand

Zuwander erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander Publikationen auch als PDF oder eBook an, grundsätzlich kostenfrei. PDFs können direkt im Extranet heruntergeladen werden, eBooks z.B. über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/12544

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/6207



Sybille Wenke-Thiem

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwanderschaft
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann

Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekemann@difu.de

Susanne Plagemann M.A.

Difu-Inter- & -Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Ulrike Wolf

Difu-Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von
Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) unter
Mitarbeit von Vera Gutofski, Dr. Sinje Hörlin,
Fiona Lingenhölle, Luisa Sophie Müller, Janna
Riffeler

Grundgestaltung/CD
3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout
Vera Gutofski

Fotos
Fotos ohne Angabe: www.pixabay.com,
www.qimby.net bzw. www.unsplash.com
Herzlichen Dank an alle Fotografierenden
sowie an die Plattformen für die kostenfreie
Bereitstellung!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler
Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208, Fax -130
presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise
Jahrgang 47/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 07.12.2021

Druck
oeding print GmbH, Braunschweig.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.
Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft.
100 Prozent PEFC.

Zweitverwendung der Beiträge:
Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link/-PDF an die
Difu-Pressestelle erbeten.

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites
Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung,
-Fortbildung, -Veröffentlichungen und vieles
mehr sind auf der Difu-Website zu finden – und
auch auf den verschiedenen Projekt-Websites,
die das Difu im Rahmen seiner Projekte betreibt:
➔ www.difu.de/
➔ www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online
Das Difu-Magazin informiert vierteljährlich über
Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue
Publikationen, Projekte, Veranstaltungen und
vieles mehr. Die Berichte erscheinen als Print-
und Online-Version. Der Umstieg auf die papier-
lose Version hat viele Vorteile: Klima schützen,
Platz sparen, früher informiert sein – und das
Difu von den Portokosten entlasten. Der Wech-
sel ist einfach: E-Mail-Adresse online eintragen
und absenden. Eine Bestätigung folgt per Mail.
Senden Sie anschließend einfach eine Mail an
presse@difu.de und teilen uns mit, welche Post-
adresse wir streichen dürfen. Beim Erscheinen
eines neuen Hefts erhalten eAbonnent*innen
eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft
(PDF). Durch das Online-Abo erhalten sie das
Heft ca. zwei Wochen vor dem Erscheinen der
Printausgabe, da Druck- und Versandzeiten ent-
fallen. Das Online-Archiv reicht bis 1996 zurück.
➔ www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme)
➔ www.bit.ly/3oNYFgD (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“
Alle zwei Wochen informiert das Difu über sei-
nen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über inter-
essante neue Inhalte auf der Difu-Homepage.
➔ www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

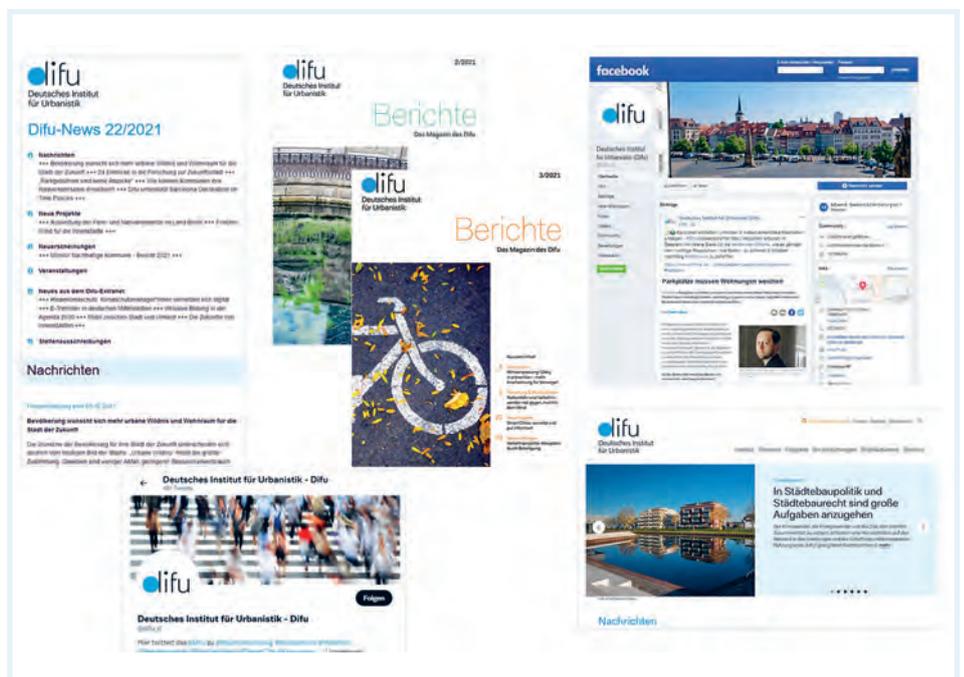
Viele Publikationen stehen kostenlos zum
Download auf der Difu-Homepage zur Verfü-
gung. Andere können als Printexemplare oder
eBooks käuflich erworben werden.
➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie
Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die
gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-
Dialoge zur Zukunft der Städte“ an, die sich
zu jedem Termin mit einem anderen aktuellen
Thema zur Zukunft der Städte befasst.
➔ www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Social Media-Kanäle
Über Facebook und Twitter kommuniziert das
Difu aktuelle „teilenswert“ Neuigkeiten aus
dem Institut bzw. zu kommunal relevanten
Themen. Ausgewählte öffentliche Difu-Veran-
staltungen sowie ausgewählte Vorträge von
Difu-Wissenschaftler*innen können auf Youtube
live verfolgt oder „nachgesehen“ werden:
➔ www.facebook.com/difu.de
➔ www.twitter.com/difu_d
➔ www.bit.ly/2KwY0QG (Youtube)

Presseverteiler
Die Pressemitteilungen informieren über
medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.
➔ www.difu.de/13168

RSS-Feeds
Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen,
Publikationen, Projekten, Ausschreibungen in-
formieren in Echtzeit.
➔ www.difu.de/15162



Bildcollage: Difu

Frischer Wind für die Innenstädte

Urbane Transformation: Neues Difu-Projekt unterstützt Kommunen bei der Innenstadtentwicklung.

Frischer Wind für die Innenstädte



www.difu.de/17059



Dipl.-Ing.
Julia Diringer
+49 30 39001-283
diringer@difu.de



Die Innenstadt steht im Fokus politischer Debatten um die „Post-Corona-Stadt“ und die urbane Transformation. Auslöser ist vielfach die Sorge vor einem (weiteren) Bedeutungs- und Funktionsverlust der Innenstadt, der durch verschiedene, sich zum Teil überlagernde und bedingende Prozesse befördert wird: Das Homeoffice verändert Arbeitsstandorte; der stationäre Einzelhandel geht zurück; es werden zunehmend Wohnimmobilien errichtet, womit neue Standortanforderungen einhergehen. Nicht zuletzt stellen sich Aufgaben der Klimaanpassung und einer verbesserten Aufenthaltsqualität in den urbanen Zentren, die bislang von einer hohen baulichen Dichte, wenig Grünflächen und Luftzirkulation gekennzeichnet sind.

Eine Transformation der Innenstädte erfordert daher einen geschickten und kreativen Umgang mit vielschichtigen Herausforderungen. Um Lösungen entwickeln zu können, müssen räumliche, bauliche, infrastrukturelle, gesellschaftliche und ökonomische Dimensionen zusammengedacht und in ihren (Wechsel-)Wirkungen berücksichtigt werden.

Die Bearbeitung des Vorhabens gliedert sich in drei Bausteine: Im ersten Schritt erfolgt der thematische Zugang zur Innenstadt über Raumtypologien und -definitionen. Daran anknüpfend werden Transformationspfade, konkrete Handlungsoptionen und Zugriffsrechte von Kommunen entlang der unterschiedlichen Teilräume von Innenstadt erarbeitet. Im Rahmen eines abschließenden Kommunalworkshops werden die Erkenntnisse reflektiert, aufbereitet und veröffentlicht. Als Ergebnis entsteht eine theoretische Folie, die als Ausgangspunkt für Szenarien oder weitere Vertiefungsstudien genutzt werden kann.

Klimagerechte Mobilität



www.difu.de/projekte



Dipl.-Geogr.
Björn Weber
+49 221 340308-10
bweber@difu.de

Klimagerechte Mobilität

Europäischer Städtevergleich aus Sicht von klimagerechter Stadtentwicklung und Mobilität.



Der Verkehr ist in Deutschland sowie in anderen europäischen Ländern das Sorgenkind des Klimaschutzes. Mit einem breiten Mobilitätsangebot gilt es, insbesondere den motorisierten Individualverkehr in den Städten zu reduzieren. Aus der Umsetzung der Verkehrswende im urbanen Raum ergeben sich viele Synergien mit dem Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung. Eine klimagerechte Mobilität reduziert die Lärmemissionen, trägt zur Verbesserung der Luftqualität bei und dient damit dem Schutz der menschlichen Gesundheit. Darüber hinaus ist die Verkehrsplanung für eine – mit Blick auf die Anpassung an die Folgen des Klimawandels – optimierte Flächenverteilung wesentlich. Auf kommunaler Ebene müssen integrierte Ansätze entwickelt und Maßnahmen zur Stärkung des Umweltverbunds und zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs umgesetzt werden.

Die Lösungen zur Transformation eines auf fossilen Energieträgern basierenden Verkehrssektors in ein dekarbonisiertes Mobilitätssystem sind hinreichend bekannt. Die Umsetzung in den Kommunen ist jedoch mit enormen Herausforderungen verbunden. Mit Hilfe eines europäischen Städtevergleichs aus Sicht von klimagerechter Stadtentwicklung und Mobilität will das Difu die Städte und Gemeinden dabei unterstützen.

Dazu werden Best-Practice-Beispiele aus europäischen Nachbarländern gebündelt, im Kontext der deutschen Kommunen betrachtet und hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit analysiert. Untersucht werden Ansätze für eine klimagerechte Mobilität mit Blick auf die Quartiersebene, die Gesamtstadt und die Stadregion. Die Ergebnisse werden in der Difu-Reihe „Impulse“ veröffentlicht.



Die Coronapandemie verlangt weiterhin ein hohes Maß an Flexibilität und Vorsicht in der Veranstaltungsplanung. Nach ersten Präsenzveranstaltungen musste das Difu erneut Veranstaltungen in den digitalen Raum verlegen oder verschieben. Sobald es vertretbar ist, wird das Institut wieder als Ort des Erfahrungsaustausches und der Vernetzung im unmittelbaren und persönlichen Kontakt präsent sein. Die ab März 2022 geplanten Präsenzveranstaltungen stehen daher noch unter den gebotenen Vorbehalten. Selbstverständlich werden bereits angemeldete Teilnehmer*innen so bald wie möglich über Veränderungen informiert.

Neues Exklusiv-Angebot für Zuwander

Ganz sicher wird das Institut den Kontakt mit den Kommunen nicht abreißen lassen. Ergänzend zum Seminarprogramm bietet das Difu exklusiv für Zuwander ein neues Format: die „Online-Impulse“. Ausführliche Informationen dazu finden Zuwander im Extranet:

➔ www.difu.de/extranet

Im Fokus der Veranstaltungen des ersten Halbjahres 2022 stehen aktuelle und relevante Themen wie die Gestaltung klimagerechter Mobilität oder der Erhalt der kulturellen Vielfalt in der Stadt. In mehreren Seminaren bietet das Difu ein Forum zur Reflektion der jüngsten Krisenerfahrungen: Welche sind die entscheidenden Partner bei der Krisenbewältigung? Wie kann bei der Bürgerbeteiligung der zunehmenden Skepsis gegenüber Verwaltung und Politik begegnet werden?

Veranstaltungsvorschau Auszug 1. Halbjahr 2022

Lärm und Innenentwicklung – ist das noch gesund?

Difu-Dialog

19. Januar 2022, online

➔ www.difu.de/16927

Die novellierte Kommunalrichtlinie – strategische Förderschwerpunkte

Projekt Kommunaler Klimaschutz

20. Januar 2022, online

➔ www.difu.de/17039

Die novellierte Kommunalrichtlinie – investive Förderschwerpunkte

Projekt Kommunaler Klimaschutz

27. Januar 2022, online

➔ www.difu.de/17040

Innenstadt – zwischen Rettungsmission und Neuerfindung

Difu-Dialog

16. Februar 2022, online

➔ www.difu.de/16928

Klimagerechte Mobilität im ländlichen Raum – Wie geht Verkehrswende auf dem Land?

Difu-Seminar

21. Februar 2022, online

➔ www.difu.de/16840

Worauf Du Dich verlassen kannst...!? – Partner in Krisen

Difu-Seminar

3.–4. März 2022 in Berlin

➔ www.difu.de/16841

Forschung? Kann ich! – Wie Sie Mehrwerte für Ihre Kommune in Forschungs-kooperationen erzielen

Difu-Seminar

10. März 2022, online

➔ www.difu.de/16845

Stadtverträglicher Wirtschaftsverkehr – Lösungen für den Güter- & Lieferverkehr

Difu-Seminar

14.–15. März 2022 in Berlin

➔ www.difu.de/16842

Donut-Ökonomie – Nische oder Potenzial für kommunale Nachhaltigkeit?

Difu-Dialog

16. März 2022, online

➔ www.difu.de/16929

Beteiligen in unruhigen Zeiten – Erfahrungsaustausch Beteiligungskultur

Difu-Seminar in Kooperation mit der Landeshauptstadt Erfurt

17.–18. März 2022 in Erfurt

➔ www.difu.de/16843

Kulturelle Vielfalt in der Stadt – Kreative Lösungen nach der Pandemie

Difu-Seminar

21.–22. März 2022 in Berlin

➔ www.difu.de/16844

Kommunaler Klimaschutz und Jugendpartizipation – Klimaschutz (be)trifft Jugend

Difu-Seminar

1. April 2022, online

➔ www.difu.de/16846

Wassersensible Stadt- und Regionalentwicklung: Herausforderungen für Berlin

Difu-Dialog

6. April 2022, online

➔ www.difu.de/16930

Digitalisierung souverän gestalten – Zum Aufbau kommunaler Dateninfrastrukturen

Difu-Seminar

25.–26. April 2022 in Berlin

➔ www.difu.de/16848

Mehr Wohnen mit weniger Blech – Mobilitätsmanagement in Wohnquartieren

Difu-Seminar

28.–29. April 2022 in Berlin

➔ www.difu.de/16849

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

➔ www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Dialogforum Jugendhilfe

➔ www.jugendhilfe-inklusive.de

Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz

➔ www.klimaschutz.de/veranstaltungen

Zentrum KlimaAnpassung

➔ www.zentrum-klimaanpassung.de/termine

Überblick sämtlicher Veranstaltungen mit Details, Einzelprogrammen und Online-Anmeldetool – stets aktuell:

➔ www.difu.de/programm

Neun „Klimaaktive Kommunen“ zeigen, worauf es ankommt

Gewinner im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ sind in diesem Jahr die Städte Dortmund, Essen, Fürstfeldbruck, Hennigsdorf und Singen, der Markt Peißenberg sowie die Landkreise Graftschaft Bentheim, Heidenheim und Marburg-Biedenkopf.

„Handlungsdruck trifft Tatkraft – Klimaaktive Kommunen auf dem Weg“ lautete der Titel der Kommunalen Klimakonferenz 2021, auf der am 4. November die neun Preisträger des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune“ öffentlich bekannt gegeben und ausgezeichnet wurden. Neben einem kleinen Kreis geladener Gäste im dbb forum in Berlin konnten alle Interessierten die Veranstaltung im Livestream online mitverfolgen. Berthold Goeke, Leiter der Unterabteilung Klimaschutzpolitik im Bundesumweltministerium, gratulierte den neun Preisträger*innen gemeinsam mit Vertretern des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie Cornelia Rösler, der Leiterin des Forschungsbereichs Umwelt am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Ausgelobt wird der Wettbewerb vom Bundesumweltministerium und dem Difu.

Diplom-Meteorologe Sven Plöger, der die Veranstaltung moderierte, zeigte sich von der Vielfalt der ausgezeichneten Projekte beeindruckt. So ist die Stadt Hennigsdorf in der Kategorie „Ressourcen- und Energieeffizienz“ mit ihrer „Wärmedrehscheibe“ auf einem vorbildlichen Weg zur Wärmewende im urbanen Raum. Die Stadt hat ein intelligentes Netz geschaffen, das Energie von verschiedenen nachhaltigen Quellen bezieht, Lastspitzen über Zwischenspeicher puffern und speichern kann und unterschiedliche Verbraucher beliefert. Seit 2020 werden die Bürger*innen zuverlässig mit Fernwärme versorgt, die zu größten Teilen aus industrieller Abwärme und erneuerbarer Energie stammt und somit große Mengen an CO₂ einspart. Die Marktgemeinde Peißenberg zeigt dagegen mit ihrer „Energieautarken Kläranlage“, welche Energieeinsparpotenziale in Kläranlagen stecken und wie diese genutzt werden können. Durch die kontinuierliche Optimierung des Eigenverbrauchs und innovative Maßnahmen zur Effizienzsteigerung ist es gelungen, den Strombedarf der Kläranlage zu über 70 Prozent und den Wärmebedarf zu 100 Prozent aus nachhaltiger, selbst erzeugter Energie zu decken. Die umgesetzten Maßnahmen bewirken eine CO₂-Einsparung von über 180 Tonnen pro Jahr. Mit ihrer Initiative „Singen geht den Mehrweg!“ leistet die Stadt Singen am Hohentwiel einen Beitrag zum Ressourcenschutz vor Ort. Durch Kooperation, finanzielle Unterstützung und gezielte Öffentlichkeitsarbeit hat die Stadtverwaltung, gemeinsam mit Gastronomie- und Bäckereibetrieben ein einheitliches Mehrweg-System für To-go-Verpackungen für die ganze Stadt etabliert. So können Bürger*innen an vielen Orten Getränke und Speisen für unterwegs in nachhaltigen Mehrweg-Behältnissen erhalten oder diese einlösen.



Foto: Peter Himsel, Difu

Professor Dr. Carsten Kühl, Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik, unterstrich bei der Eröffnung mit Blick auf die Veranstaltung und den erfolgreich abgeschlossenen Wettbewerb: „Wir müssen nicht nur über den Klimaschutz sprechen, um Wissen aufzubauen, sondern ihn erlebbar machen. Das heißt, wir sollten gute Beispiele präsentieren, die es zu reproduzieren und zu vervielfachen lohnt, Erfahrungen mit anderen teilen, Kooperationen bilden, um gemeinsam in die Umsetzung zu gehen, und Anreize setzen, um viele weitere Akteur*innen mitzunehmen. Kurzum: Wir sollten die Herausforderung, die wir im Klimaschutz haben, gemeinsam annehmen!“

In der Kategorie „Klimafreundliche Mobilität“ leistet die Stadt Essen mit der Beratung und Begleitung lokaler Unternehmen auf dem Weg zum Siegel „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ einen Beitrag zur Verkehrswende im Sinne des Klimas. Möglichkeiten der Integration des Radfahrens in die betriebliche Mobilität werden aufgezeigt, finanziell gefördert und in die Breite getragen. Mit dem Umstieg auf das Fahrrad erhöhen die Arbeitgeber ihre Attraktivität und tragen zur Gesundheit der Mitarbeiter*innen und zur klimafreundlichen



Difu-Institutsleiter Carsten Kühl fordert, Klimaschutz erlebbar zu machen und die Herausforderung gemeinsam anzunehmen.



Informationen, Filme und Fotos zu den Gewinnerprojekten unter:
www.difu.de/17028
www.bit.ly/3F3HaQs



Anna Hogrewe-Fuchs
 +49 221 340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Ulrike Vorwerk
 +49 221 340308-17
vorwerk@difu.de



Foto: Peter Himself, Difu



Große Freude bei den dies-jährigen Preisträger*innen.

Mobilität bei. Der Landkreis Graftschaft Bentheim zeigt mit seinem „Graftschafter Elektro-Carsharing“, einem kreisweiten Gemeinschaftsprojekt aller sieben kreisangehörigen Kommunen, wie klimafreundliche Mobilität im ländlichen Raum funktioniert. Basis sind ein kundenfreundliches Tarifsystern, ein einfacher Entleihvorgang und praxistaugliche Reichweiten. Geladen wird mit 100 Prozent Ökostrom. Für die Bürger*innen bedeutet das Angebot außerdem eine Ergänzung zu den im Landkreis geschaffenen klimafreundlichen „Mobilitätsdrehscheiben“. Mit dem Projekt „Lastenräder für alle – Verleih und Förderprogramm“ treibt die Große Kreisstadt Fürstfeldbruck die klimagerechte Mobilitätswende vor Ort erfolgreich voran. Mit der Möglichkeit, ein Lastenpedelec mehrere Tage kostenfrei zu testen, wird ein Anreiz zur Anschaffung eines eigenen Fahrrads als Alternative zum Auto geschaffen. Das zusätzlich angebotene Förderprogramm deckt eine große Zahl unterschiedlicher Fahrradtypen ab und spricht so viele unterschiedliche Nutzer*innen an.

In der Kategorie „Klimaschutz zum Mitmachen“ zeigte der Landkreis Heidenheim, wie es trotz Pandemie gelingen kann, Menschen zu einer kreativen Mitmachaktion zu motivieren, um ihr Engagement und ihre Gedanken zu den Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit öffentlich zu teilen. Zum Gelingen des Mitmachprojekts „#Aktion Handabdruck Heidenheim“ trugen das bewusst niedrigschwellige Angebot, die prägnante Symbolik und die aktive Einbindung lokaler Partner erfolgreich bei. Mit der „UmsteigERN-Kampagne für eine emissionsfreie Innenstadt“ hat die Stadt

Dortmund klimafreundliche Mobilität erfolgreich zum stadtweiten Thema gemacht. Dabei setzt sie auf „Botschafter*innen“, die mit persönlichen Erfahrungen auf der Kampagnenwebsite, Social Media-Kanälen, Plakaten, Postkarten etc. andere dazu anregen, ebenfalls klimafreundlich unterwegs zu sein. Die Kampagne verknüpft außerdem zahlreiche öffentlichkeitswirksame städtische Aktivitäten auf dem Weg zu einer emissionsfreien Innenstadt. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf schließlich verknüpft mit dem Projekt „Baumpflanzaktionen ‚Keine Pflanzung ohne Bildung‘“ die Themen Klimaschutz und Umweltbildung. Neben dem Wissen, welchen wichtigen Beitrag Bäume zur Treibhausgasreduzierung und damit zum Klimaschutz leisten, lernen Kinder und Jugendliche praxisorientiert, wie Bäume gepflanzt und aufgezogen werden.

Jeder der neun gleichrangigen Preisträger erhält ein Preisgeld von 25.000 Euro, das in weitere Klimaaktivitäten zu investieren ist. Hierzu gibt es auch schon gute Ideen. Die Stadt Hennigsdorf beispielsweise will zum Absorbieren und Speichern von Sonnenenergie eine Smartflower auf einem Schulcampus installieren. Schüler*innen und weitere Interessierte können so vor Ort erleben, wie Solarenergie funktioniert. Die Stadt Dortmund will mit klimafreundlicher Mobilität der Verkehrswende vor Ort einen zusätzlichen Schub geben. Haushalte bekommen einen Zuschuss zum Kauf eines Lastenrads, um im Rahmen der Aktion „Lappenlos“ autofreie Mobilität auszuprobieren. Im Januar 2022 geht der Wettbewerb in eine neue Runde.



„Klimaaktive Kommune 2022“ startet im Januar: www.bit.ly/3rFJ9qU

Solaranlagen in der Altstadt: Klima schützen und Stadtbild bewahren

Beim Difu-WebSeminar „Solaranlagen in der Altstadt?“ beschäftigten sich die Teilnehmer*innen aus dem gesamten Bundesgebiet mit technischen Lösungen, Vor- und Nachteilen von Solarsatzungen sowie vielen weiteren wichtigen Aspekten.

Im Jahr 2030 werden besonders erhaltenswerte Bauten rund 30 Prozent des Gebäudebestands ausmachen, Denkmale drei Prozent. In reinen Zahlen sind dies nicht viele Gebäude. Sie konzentrieren sich aber oftmals an wichtigen Standorten, die das Ortsbild prägen: den historischen Innenstädten. Gleichzeitig kommt dem Gebäudesektor eine wichtige Bedeutung beim Erreichen der Pariser Klimaziele durch CO₂-Einsparung zu. Bis 2050 soll die Klimaneutralität aller Gebäude erreicht sein. Konflikte zwischen den Erfordernissen des Klimaschutzes, dem Denkmalschutz und dem optischen Erscheinungsbild von Dachlandschaften werden zunehmen. Gleichzeitig kann die Installation von Solaranlagen zu einer zeitgemäßen Nutzung von Baudenkmalern beitragen. Neue technologische Lösungen bei Solarmodulen (Formen, Folien, Farbe, Erscheinungsbild) bieten perspektivisch große Potenziale.



Foto: Wolf-Christian Strauss, Difu

Beeinträchtigungen historischer Erscheinungsbilder gelingen könnte und inwieweit Widersprüche zwischen „Baukultur“ und „Klimaschutz“ bestehen. Anregungen und Input für die Diskussion lieferten dabei Beiträge des Difu, einer beratenden Energieagentur, einer Unteren Denkmalschutzbehörde, von einem freien Architekten und Stadtplaner sowie von einem Stadtheimatpfleger. Die Gelegenheit zur Diskussion via Chatfunktion und Wortmeldungen wurde intensiv genutzt.

In den Diskussionen wurde auf den generell geringen Anteil von Denkmalen hingewiesen und dass davon nur ein geringer Teil für die Gewinnung von Solarenergie geeignet seien. Im Freistaat Bayern sind es beispielsweise insgesamt weniger als ein Prozent, bei den Kirchenbauten sogar nur ca. 0,01 Prozent. Dennoch ist es notwendig, dass vor allem auch private Denkmaleigentümer*innen die Möglichkeit bekommen, ihr Gebäude mit Solarenergie zu versorgen. Das erfordert nicht nur der Gedanke der Gleichbehandlung, sondern es bewahrt Denkmale auch vor dem Ruf der unzeitgemäßen Immobilie ohne Ertragswert. Kommunen sind daher gut beraten, wenn sie privaten Denkmaleigentümer*innen Optionen für die Unterbringung von Solaranlagen eröffnen.

Unter den Teilnehmenden bestand Konsens darüber, nicht einsehbare Dachflächen für Solaranlagen zu nutzen, während das Stadtbild prägende Dachanlagen freigelassen werden sollten. Auch neue Solarmodule, die gestalterisch an die Gebäude angepasst werden können, waren in der Diskussion. Hier wurde allerdings angemerkt, dass die optische Anpassung oft zulasten der Stromausbeute und so des Preis-Leistungs-Verhältnisses ausfällt.

Im WebSeminar ging es um das Wo und Wie, welche Standorte und technischen Lösungen sich eignen könnten, die Bedeutung von Einzelfallbetrachtungen bei gleichzeitig intensiver Beratung sowie Möglichkeiten übergreifender Regelungen (z.B. kommunale Solarsatzungen). Einig waren sich die Teilnehmenden aber, dass „Sägezahn-Lösungen“, also die willkürliche oder abgestufte Anordnung auf dem Dach, unbedingt zu vermeiden sind. Das Difu wird das Thema im Rahmen seiner künftigen Fortbildungsangebote weiterverfolgen.



www.difu.de/16747
www.difu.de/16658



Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
+49 30 39001-296
strauss@difu.de

Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen des WebSeminars „Solaranlagen in der Altstadt?“ - Herausforderung Pariser Klimaschutzziele in Denkmalbereichen“ im Juni 2021 diskutiert, ob sich Denkmalschutz und Solarenergie gegenseitig ausschließen (müssen). Anhand kommunaler Praxisideen tauschten sich über 80 Teilnehmende aus den Bereichen kommunale Denkmalpflege, Stadtentwicklung, Umwelt, Bauordnung und Bauaufsicht, aus Bauausschüssen und Ratsfraktionen sowie von Landeseinrichtungen darüber aus, wie u.a. eine Steuerung und Minimierung möglicher

Klimaschutzmanager*innen vernetzen sich digital

Know-how teilen, Kontakte knüpfen und das kollegiale Miteinander stärken geht auch im großen, digitalen Rahmen. Das hat das Team des SK:KK am Difu beim ersten digitalen Vernetzungstreffen gemeinsam mit rund 150 Klimaschutzmanager*innen bewiesen.



Trotz zusätzlicher finanzieller Belastungen durch die Coronakrise erlebt das Thema Klimaschutz in Kommunen weiterhin starken Aufwind. Die Chance, Haushaltskassen durch Modernisierungsmaßnahmen zu entlasten, die Kosten und CO₂ einsparen, schätzen viele Entscheidungsträger*innen. Sie wünschen sich, dass Klimaschutzmanager*innen durch ihre Arbeit auch in ihren Kommunen die Vorteile nutzbar machen. Zuletzt konnten durch besonders attraktive Förderbedingungen bundesweit in Kommunalverwaltungen zahlreiche neue Personalstellen im Klimaschutzmanagement geschaffen werden.

Sowohl Berufseinsteiger*innen als auch erfahrene Klimaschutzmanager*innen hat das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK), das am Difu angesiedelt ist, im Auftrag des Bundesumweltministeriums (BMU) am 14. September 2021 zu einem digitalen Vernetzungstreffen eingeladen. Für rund 150 Klimaschutzmanager*innen aus ganz Deutschland konnte das SK:KK so einen digitalen Rahmen schaffen, in dem neben fachlichem Input und Austausch vor allem das kollegiale Miteinander und die persönliche Vernetzung im Mittelpunkt standen.

Dabei wurde deutlich: Gerade im Bereich Klimaschutzmanagement, das als noch vergleichsweise junges Berufsfeld ohne fest umrissenes Profil gilt, ist Vernetzung das A und O. Denn zwischen Fördermittelakquise und Bürger*innendialog

ist das Tätigkeitsfeld in der oft beschriebenen Querschnittsaufgabe Klimaschutz enorm groß. Gleiches gilt meist für die Erwartungen der verschiedenen Fachabteilungen an die neuen Klimaschutzverantwortlichen. Hinzu kommt der gesamtgesellschaftliche Druck, die ambitionierten Klimaziele Deutschlands auf lokaler Ebene voranzutreiben bei gleichzeitig oft starkem Gegenwind aus verschiedenen Gesellschaftsgruppen. Kurzum: Es ist keine leichte Aufgabe, für die der kommunenübergreifende Austausch enorm hilfreich ist.

Neben Teambuilding-Maßnahmen konnten sich die Klimaschutzverantwortlichen im Rahmen des Vernetzungstreffens in verschiedenen Kleingruppen und Formaten, unter anderem im Rahmen einer kollegialen Beratung, intensiv austauschen. Im Fokus standen dabei nicht nur fachliches Know-how, sondern auch konkrete Tipps und Best-Practice-Beispiele, etwa zur Kommunikation mit internen und externen Partner*innen oder der Überzeugungsarbeit in kommunalen Gremien.

Klar ist schon jetzt: Das erste digitale Vernetzungstreffen für Klimaschutzmanager*innen und -verantwortliche wird nicht das letzte gewesen sein. Es gibt viel zu tun für das #teamklimaschutz.



www.difu.de/16821
www.difu.de/17027



Finya Eichhorst
+49 30 39001-176
eichhorst@difu.de

Katja Theißen
+49 30 39001-183
theissen@difu.de

Wasser und Stadtgrün als Bausteine klimaangepasster Quartiere

Wasser und Stadtgrün spielen eine entscheidende Rolle in der Klimaanpassung. Im WebSeminar des Difu ging es um Möglichkeiten, Wasser- und Grüninfrastrukturen erfolgreich in der Stadt- und Quartiersentwicklung zu berücksichtigen.

„Wasser in der Stadt“ war über viele Jahrzehnte hinweg ein Thema, das vorrangig ingenieurtechnisch verstanden und bearbeitet wurde. Gewässer wurden vielerorts begradigt und Flüsse sowie deren Ufer wurden primär mit Blick auf den Verkehrsfluss gestaltet. Häusliches Abwasser, aber auch Regenwasser wird vielerorts in unterirdische Kanäle ein- und dann abgeleitet. Diese „graue“ technische Infrastruktur stand lange Zeit im Fokus der urbanen Stadtentwässerung.

Nicht erst, aber insbesondere seitdem der Klimawandel mit seinen Auswirkungen immer stärker ins Bewusstsein tritt, verändern sich die Blicke auf Wasser und seine Bedeutung für das Leben in Städten. Dabei ist Wasser zugleich eine Ressource und eine potenzielle Gefahr.



Foto: Vera Gutofski, Difu

Mit den Folgen des Klimawandels erweist sich Wasser immer öfter als Bedrohung, wenn es in Form von Starkniederschlägen zu Überflutungen kommt und damit materielle Schäden und in extremen Fällen sogar Menschenleben zu beklagen sind. Die Überflutungsereignisse in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben vor Augen geführt, welche dramatischen Folgen extreme Regenereignisse haben können.

Neben diesem Zuviel an Wasser erleben wir zugleich aber auch ein Zuwenig an Wasser: Bäume und anderes Stadtgrün leiden unter den vergangenen heißen und vor allem sehr trockenen Jahren. In Städten ist die Temperatur höher als im Umland, der Boden ist versiegelt, sodass Niederschläge schneller ablaufen und nicht den Pflanzen zur Verfügung stehen. Verschiedene Konzepte wie dezentrale Regenwasserbewirtschaftung, „Schwammstadt“ und blau-grüne Infrastruktur

sollen diesen Herausforderungen begegnen. Diesen Vorgehensweisen ist gemein, dass sie bei der Wasserbewirtschaftung auf andere als vorrangig die technischen Infrastrukturen zurückgreifen. Neben technischen werden gezielt grüne Infrastrukturen wie z.B. Dachbegrünungen und grüne Freiflächen sowie blaue Infrastrukturen wie urbane Gewässer oder künstliche Wasserflächen genutzt. Ziel dieser Maßnahmen ist, die lokale Wasserbewirtschaftung im urbanen Raum wieder stärker an einen naturnahen Wasserhaushalt heranzuführen und Regenwasser möglichst vor Ort zu nutzen, zu verdunsten oder zu versickern.

Stadtgrün wird so zugleich zu einem Baustein der Stadtentwässerung und bringt Kühlung – wenn es ausreichend mit Wasser versorgt ist. Das ist ein wichtiger Effekt für Städte im Klimawandel. Wasser ist notwendig für den Erhalt und die Erbringung der Ökosystemleistungen grüner Infrastrukturen. Mit seinen Effekten für das Mikroklima und seiner Ästhetik bringt es besondere Qualitäten für die Gestaltung städtischer Räume mit.

Im Online-Seminar wurde die Vernetzung von Wasser- und Grüninfrastrukturen als ein Weg der Klimaanpassung herausgearbeitet. Neben einer konzeptionellen Einführung in das Thema wurden strategische Maßnahmen zur klimaangepassten Stadt- und Quartiersentwicklung aus Köln und Erfurt vorgestellt. Während in Köln das Zuviel an Wasser im Vordergrund stand, wurde am Beispiel Erfurt thematisiert, wie Städte mit Hitze und Trockenheit umgehen können. In beiden Städten gilt eine ressortübergreifende Zusammenarbeit der kommunalen Akteur*innen als wichtiger Ansatzpunkt, um klimaangepasste Stadtentwicklung voranzubringen. Schlüsselpositionen zu dem Thema sollten qualifiziert besetzt sein, um Wasser- und Grüninfrastrukturen frühzeitig und überzeugend in kommunale Planungsprozesse einzubringen. Vom Wasser her gedacht wäre das hydraulische Konzept der Dreh- und Angelpunkt einer klimaangepassten Quartiersplanung. Anhand eines konkreten Planungsgebiets konnten die Teilnehmer*innen des Seminars einen Visionsplan für eine klimaangepasste Quartiersentwicklung entwerfen und sich dabei vertiefend mit den Potenzialen verschiedener Bausteine blauer, grüner und grauer Infrastrukturen auseinandersetzen.



www.difu.de/13103
www.difu.de/17002



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Dr. Christian Stein
+49 30 39001-207
cstein@difu.de

Verkehrswende erfordert Investitionsoffensive im ÖPNV

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) leidet unter den Folgen der Coronapandemie. Aber er ist auch Hoffnungsträger einer Verkehrswende für den Klimaschutz. Dieses Spannungsfeld stand im Fokus des Difu-Seminars zum ÖPNV im Juni.

Um einen Eindruck der Mobilität in der Pandemie zu vermitteln, wurden im Seminar Ergebnisse der von infas und WZB durchgeführten „MOBILCOR“-Studie vorgestellt: Im Oktober 2020 gaben etwa 60 Prozent derjenigen, die den ÖPNV zugunsten anderer Verkehrsmittel nicht mehr nutzen, an, dass sie ihn wieder nutzen werden. Das bedeutet, dass die Rückkehr von 40 Prozent unsicher ist. Die Studie zeigt auch, dass der Pkw von der Krise profitiert. Unter erschwerten Bedingungen gilt es daher nun, die Weichen für einen überzeugenden ÖPNV zu stellen, der seinen Beitrag zur Verkehrswende und zum Klimaschutz leistet.

Die Digitalisierung kann dazu beitragen, dass der ÖPNV Vertrauen und Nachfrage zurückgewinnt: beispielsweise indem die Verbindungsdaten für Auslastungsprognosen genutzt und die Informationen zur Besetzung von Fahrzeugen für die Kund*innen sichtbar sind. Durch das elektronische Ticket kann der Tarif dahingehend flexibilisiert werden, dass er besser zu unterschiedlichen Arbeitszeit- und Arbeitsortmodellen passt. Nicht zu vernachlässigen sind für die Verkehrsunternehmen auch Konzepte für mehr Sauberkeit und Hygiene sowie zusätzliche Platzkapazitäten in den Fahrzeugen.

Sogenannte On-Demand-Angebote haben das Potenzial, den ÖPNV-Bedarfsverkehr zu modernisieren. Mit dem novellierten Personenbeförderungsgesetz, das zum 1. August 2021 in Kraft trat, ist die Genehmigung solcher Angebote erleichtert: Für in den ÖPNV integrierte On-Demand-Angebote ist der neue „§44 Linienbedarfsverkehr“ relevant. On-Demand-Verkehr außerhalb des ÖPNV, der Teil des Gelegenheitsverkehrs ist, wird ab August über den neuen „§50 gebündelter Bedarfsverkehr“ genehmigt.

Um die Finanzierung des Ausbaus der ÖPNV-Infrastruktur zu verbessern, hat der Bund das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz aufgestockt. Aktuell steht jährlich eine Mrd. Euro zur Verfügung und ab 2025 zwei Mrd. Euro. Gleichzeitig wurde der Katalog der förderfähigen Vorhaben erweitert: Förderfähig sind jetzt beispielsweise Streckenreaktivierungen im ländlichen Raum, die Elektrifizierung von Strecken sowie auch Seilbahnen als neues ÖPNV-Verkehrsmittel. Gefördert werden

kann auch die Grundsanierung und der besondere Bahnkörper ist nicht mehr zwingend durchgehend erforderlich, andere Formen der Bevorzugung sind möglich. Überarbeitet und an die neuen Gegebenheiten angepasst wird gegenwärtig die standardisierte Bewertung, durch die der volkswirtschaftliche Nutzen eines Vorhabens nachzuweisen ist.



Damit Infrastrukturerweiterungen realisiert werden können, müssen auch die Bürger*innen einbezogen werden. Indes hat die Pandemie die Bürger*innenbeteiligung verändert: Digitale Formate haben einen starken Wachstumsschub erfahren und werden voraussichtlich zukünftig parallel zu klassischen analogen Formaten angeboten werden. Digitale Formate bieten den Vorteil, dass ihre Nutzung niederschwelliger ist – weil beispielsweise keine Wege zum Veranstaltungsort zurückzulegen sind und der Zeitaufwand geringer ist.

Die ÖPNV-(Betriebs-)Finanzierung hat gegenwärtig zwei Säulen: die Fahrgeldeinnahmen und Mittel aus dem Steueraufkommen. Um die Finanzierung des ÖPNV zu verbessern, wird eine dritte Säule diskutiert, die dem ÖPNV nicht nur mehr Geld für bessere Angebote und Fahrpreise bringt. Diese dritte Säule soll auch eine verkehrspolitische Lenkungswirkung weg vom motorisierten Individualverkehr und hin zum Umweltverbund mit dem ÖPNV als Rückgrat entfalten. Für die Einführung einer solchen dritten Säule fehlt bisher die rechtliche Grundlage. Diskutiert werden eine Abgabe für Unternehmen und Bürger*innen, die Einführung einer City-Maut, aber auch die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung, so dass Überschüsse erzielt werden, die dann dem ÖPNV zugutekommen. Für die Einführung einer City-Maut bedarf es rechtlicher Regelungen auf Bundes- oder Länderebene.



www.difu.de/15685
www.difu.de/16717



Dr. phil. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

Mehr Möglichkeiten im Klimaschutz mit der neuen Kommunalrichtlinie

Am 1. Januar 2022 tritt die novellierte Kommunalrichtlinie in Kraft – damit bietet das Bundesumweltministerium Kommunen und kommunalen Akteur*innen künftig noch mehr Unterstützung, um im Klimaschutz aktiv zu werden.



Foto: Vera Gutofski, Difu

Neue Förderschwerpunkte, erweiterte Antragsberechtigungen und eine lange Geltungsdauer: Das sind die Eckpunkte der neuen Kommunalrichtlinie, die zum 1. Januar 2022 in Kraft tritt. Seit 2008 unterstützt das Bundesumweltministerium (BMU) Kommunen und kommunale Akteur*innen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) dabei, den Klimaschutz vor Ort effektiv voranzubringen. Um die Potenziale zur Minderung von Treibhausgasemissionen auf kommunaler Ebene voll auszuschöpfen, wurde der Förderkatalog der Kommunalrichtlinie nun umfassend neugestaltet und erweitert.

So soll künftig noch mehr Personal dabei unterstützen, Klimaschutz vor Ort umzusetzen: Neben Klimaschutzmanager*innen ist in Zukunft auch Personal für die Umsetzung von Fokuskonzepten förderfähig, ebenso wie Fachpersonal, das sich um die Einführung und Erweiterung eines Energiemanagements kümmert, und Klimaschutzkoordinator*innen. Letztere können beispielsweise auf Landkreisebene Klimaschutz in denjenigen Kommunen ermöglichen, für die aufgrund ihrer Größe kein eigenes Klimaschutzmanagement in Frage kommt.

Zudem wird die Gruppe der Antragsberechtigten erweitert. Künftig können Sozial- und Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige Vereine sowie Unternehmen, die Klimaschutzprojekte im Auftrag für Kommunen umsetzen, von Fördermitteln profitieren.

Alle Fördermaßnahmen im Rahmen der Kommunalrichtlinie werden zusätzlich für alle Antragsberechtigten geöffnet.

Außerdem werden Fördermittel künftig für zahlreiche zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen gewährt. Dazu gehören etwa Einstiegs- und Orientierungsberatungen, themenoffene Fokusberatungen und Machbarkeitsstudien zur Vorbereitung von Investitionen. Neu ist auch, dass im Rahmen sogenannter Vorreiterkonzepte die ambitionierte Aktualisierung von Klimaschutzkonzepten bezuschusst wird, die vor 2017 entstanden sind. Bei den investiven Maßnahmen werden ab 1. Januar zusätzliche Maßnahmen, zum Beispiel in den Bereichen Abfall und Abwasser, bezuschusst.

Die Förderung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt. Die gemäß Richtlinie einzubringenden Eigenmittelanteile sind noch bis Ende 2022 abgesenkt. Finanzschwache Kommunen profitieren auch weiterhin von erhöhten Förderquoten – bis hin zur Vollfinanzierung für ein Erstvorhaben zum Klimaschutzkonzept und -management. Förderanträge können ganzjährig eingereicht werden. Die Richtlinie gilt bis 31. Dezember 2027.

Zu den Fördermöglichkeiten berät das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) am Difu angesiedelt ist, im Auftrag des BMU.



www.klimaschutz.de/skkk



Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) am Difu
Beratungshotline:
+49 30 39001-170
skkk@klimaschutz.de

Die Samtgemeinde Spelle – Dörflicher Charme mit hoher Standortqualität

Seit 2021 ist die Samtgemeinde Spelle Difu-Zuwenderkommune und profitiert von den Serviceleistungen sowie dem Forschungs- und Beratungsangebot für Kommunen. Ein Blick in die Samtgemeinde lohnt sich.



Foto: Samtgemeinde Spelle



Bürgerbegegnungszentrum
Wöhlehof

Die Samtgemeinde Spelle liegt im südlichen Emsland in Niedersachsen. Sie besteht aus den drei Mitgliedsgemeinden Spelle, Schapen und Lünne und ist am 1. März 1974 im Zuge der Gebietsreform entstanden. Mit ihren 14.800 Einwohner*innen ist sie ein wichtiger Wohn- und Wirtschaftsstandort im Städtedreieck Osnabrück, Lingen und Enschede (NL).

In den vergangenen Jahren konnte sich die Samtgemeinde sehr dynamisch entwickeln. Die Kombination aus wirtschaftlicher Stärke, landschaftlicher Schönheit, attraktiver Infrastruktur und einem lebendigen Kulturangebot macht die Samtgemeinde über ihre Grenzen hinaus attraktiv. Das zeigt sich insbesondere am überdurchschnittlichen Anstieg der Bevölkerungszahl, die in den vergangenen zehn Jahren um zehn Prozent auf rund 14.800 zulegte. Größte Mitgliedsgemeinde und Grundzentrum ist Spelle mit rund 10.200 Einwohner*innen. Die Gemeinden Schapen und Lünne haben rund 2.500 bzw. 2.100 Einwohner*innen. Rückgrat der dynamischen Entwicklung in der Samtgemeinde ist die mittelständisch geprägte Wirtschaft. Ihr Wachstum sorgte dafür, dass in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse um über 22 Prozent auf 6.673 stieg. Gleichzeitig ging die Arbeitslosenquote auf unter zwei Prozent zurück, was einer Vollbeschäftigung entspricht. Insbesondere das produzierende Gewerbe prägt den Standort mit einem hohen Beschäftigtenanteil im Maschinenbau. Unternehmen finden in der Samtgemeinde

Spelle ideale Rahmenbedingungen für ihre Vorhaben. Diese werden durch die Anbindung an die Autobahn A30, die Bundesstraße B70 und den Hafen Spelle-Venhaus am Dortmund-Ems-Kanal sichergestellt.

Die Samtgemeinde Spelle verfügt dank ihres ländlich geprägten Umfelds über eine hohe Lebensqualität und über einen hohen Freizeitwert. Hierzu leistet das für das Emsland typische aktive Dorf- und Vereinsleben einen wichtigen Beitrag. In der Samtgemeinde gibt es über 120 Vereine mit 30.000 Mitgliedern. Das Dorf- und Vereinsleben wird durch Dorfentwicklungskonzepte und -dialoge aktiv unterstützt. Die Ausweisung von Wohnbaugebieten trägt dazu bei, dass die Mitgliedsgemeinden wachsen und die kommunalen Infrastrukturangebote – wie Schulen, Kitas und Freizeiteinrichtungen – ausgebaut werden konnten.

Ein gut ausgebautes Radwegenetz mit Radwanderwegen sowie ein breites gastronomisches Angebot machen die Samtgemeinde zu einem interessanten Ausflugsziel. Zu den touristischen Anlaufpunkten zählen die Ortskerne der Gemeinden, das Hochmoor „Speller Dose“ oder das Museum des Landmaschinenherstellers Krone in Spelle.

Einwohner*innen, Unternehmen und die Gäste der Samtgemeinde Spelle schätzen den dörflichen Charme, die vielfältigen Angebote und die hohe Standortqualität der drei Orte Spelle, Schapen und Lünne.



www.spelle.de



Carolin Fischer

ist seit August 2021 als Referentin für kommunalen Klimaschutz im Difu-Forschungsbereich Umwelt tätig und verstärkt am Berliner Standort das Team des „Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz“. Sie studierte Humangeographie (BA) in Berlin und geographische Stadtforschung (MA) in Frankfurt am Main und Sevilla. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin hat sie unter anderem im Auftrag von Kommunen Konzepte und Handlungsempfehlungen im Bereich Wohnen und Integration erarbeitet sowie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat Förder- und Investitionsprogramme im Bereich der integrierten Stadtentwicklung begleitet. Zuletzt arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Urbanizers – Büro für städtische Konzepte und sammelte Erfahrungen in Bürger*innenbeteiligung, Städtebau und urbanem Grün.

Elisabeth Krone

verlässt Ende 2021 das Difu, wo sie gut vier Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen arbeitete. In dieser Zeit beschäftigte sie sich mit vielen Themen: angefangen mit der Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in finanzschwachen Kommunen über kommunale Investitionen und Investitionshemmnisse im Rahmen des KfW-Kommunalpanels bis hin zur Nachhaltigkeitsindikatorik für Kommunen. Ihr methodischer Schwerpunkt lag dabei auf quantitativen Methoden. Elisabeth Krone hat für das Team Wirtschaft und Finanzen diverse Kommunalbefragungen und andere Online-Surveys durchgeführt. Innerhalb des Instituts hat sie maßgeblich dazu beigetragen, den Schwerpunkt quantitative Methodenkompetenzen auszubauen und zu intensivieren. Dem Thema öffentliche Finanzen bleibt sie auch bei ihrer neuen Tätigkeit als Referentin der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister treu.

Katharina Lange

arbeitet von Oktober 2019 bis September 2021 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Difu-Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen im Team Infrastruktur und Sicherheit am Standort Berlin. Während ihrer Zeit am Institut arbeitete die Raumplanerin vor allem in Projekten zu den Themen Digitalisierung, Smart City, SDG-Indikatoren und Mobilfunkinfrastrukturen in Kommunen. Kürzlich erschien das von ihr erarbeitete Mobilfunkgutachten 2019 – Gutachten zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber gegenüber Kommunen. Katharina Lange tritt eine neue Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fachhochschule Potsdam am Institut für urbane Zukunft an.

Katharina Luig

Katharina Luig ist seit Mitte September 2021 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Team Klimaanpassung und Stadtökologie des Forschungsbereichs Umwelt am Standort Köln tätig. Dort ist sie für das Projekt „Evolving Regions“ verantwortlich, in dem sie mehrere Regionen in NRW bei der Erarbeitung neuer Strategien zur Klimaanpassung unterstützt. Katharina Luig studierte Regionalstudien Lateinamerika mit Sozialwissenschaften (B. A.) und Natural Resources Management and Development (M. Sc.). Forschungsarbeiten und Praktika brachten sie währenddessen nach Guatemala, Bolivien und Madagaskar. Vor ihrer derzeitigen Position war sie bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) tätig. Dort baute sie in einem Klimaschutzprojekt eine Plattform und ein Netzwerk für freiwillige Treibhausgas-kompensation auf.

Petra Reinecke

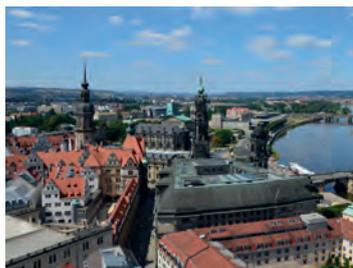
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Difu-Forschungsbereich Umwelt am Standort Berlin. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist kommunaler Klimaschutz. Im Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) berät sie Kommunen rund um die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen, hält Vorträge, verfasst Fachartikel und konzipiert, organisiert und moderiert Veranstaltungen. Sie studierte Raum- und Umweltplanung an der Technischen Universität Kaiserslautern. Die Diplomingenieurin arbeitete als Stadtplanerin u. a. in China. Bis Juli 2021 wirkte sie in der Bundesgeschäftsstelle European Energy Award und unterstützte als Projektleiterin die Weiterentwicklung der Qualitätsmanagementsysteme zu Klimathemen. Sie war zudem als Beraterin für Kommunen bei der Einführung der Prozesse tätig.

Luise Wiesenmüller

arbeitet seit Oktober 2021 als Referentin für Drittmittelmanagement im Bereich Verwaltung am Difu-Standort Berlin. Sie studierte Angewandte Kulturwissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg und war anschließend für verschiedene öffentliche Kultureinrichtungen tätig. Als Projektkoordinatorin übernahm sie die organisatorische Umsetzung von Kulturprojekten, Veranstaltungen und Publikationen und verantwortete darüber hinaus die Verwaltung und finanzielle Abwicklung von Drittmittelprojekten. Neben der Arbeit am Difu absolviert sie aktuell ein Studium im Bereich Public und Nonprofit-Management an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) sowie der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW).

Abgebildete (v.l.n.r.)

Carolin Fischer (Foto: Vera Gutofski), Elisabeth Krone (Foto: David Ausserhofer), Katharina Lange (Foto: Vera Gutofski), Katharina Luig (Foto: privat), Petra Reinecke und Luise Wiesenmüller (Fotos: Vera Gutofski).



Difu zu Gast in Erfurt bei der DST-Hauptversammlung

Das Difu war im November mit einem Infostand auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages – und dort zugleich als Gast auf der Standfläche der Stadt Erfurt – vertreten. Dadurch bestand für Städtevertreter*innen die Möglichkeit, sich persönlich über die praxisorientierte Forschung und Fortbildung des Instituts zu informieren. Darüber hinaus informierte das Difu über die Vorteile des Difu-Beitritts für Kommunen. Die zentralen Themen der DST-Hauptversammlung waren der Umgang mit der Coronakrise, Wandlungsmöglichkeiten und -anforderungen der Innenstädte sowie die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung.

➔ www.bit.ly/3oMly3u

Wie wohnen wir in der Zukunftsstadt?

Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold war am 15. September Podiumsgast der Reihe „Zurück oder Zukunft? Wie wir in Dresden leben wollen“. Im Fokus dieser Veranstaltung stand die Frage: Wie wohnen wir in der Zukunftsstadt? Ricarda Pätzold diskutierte mit weiteren Expert*innen u.a. über zukunftsfähige Wohnformen, wie die soziale Spaltung auf dem Wohnungsmarkt überwunden werden kann und welchen Einfluss die Kommunen darauf haben. Die Gesprächsrunde fand im Rahmen des Projekts „Zukunftsstadt Dresden“ im Deutschen Hygienemuseum Dresden statt.

➔ www.bit.ly/302Nt7F

Konferenz zur Mobilität der Zukunft mit europäischer Perspektive

Anne Klein-Hitpaß, Leiterin des Forschungsbereichs Mobilität am Difu, war am 13. September Podiumsteilnehmerin der Konferenz „Zukunftsfähige Mobilität in einer lebenswerten Stadtregion – wie wir morgen unterwegs sein werden“. In der Diskussionsrunde „Die Zukunft der Mobilität und die Bedeutung von Mobility Infrastructure, Mobility as a Service and Design“ benannte sie wichtige Eckpunkte für das Gelingen der Mobilitätswende: unter anderem gute Kommunikation mit positiven Beispielen, Abbau des Autoprivilegs im Straßenverkehrsrecht und der Subventionierung umweltschädlicher Verkehrsformen.

➔ www.bit.ly/3bQTh70

Zur Vergesellschaftung von Wohnungsbeständen

Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl war am 7. September als Experte zu einer Online-Diskussionsrunde der Rosa-Luxemburg-Stiftung eingeladen, bei der es um das hochbrisante Thema Vergesellschaftung von privaten Wohnungsbeständen in Berlin ging. In der Diskussion unter dem Label „Enteignung das geht?!“ ging es vorrangig um die Machbarkeit, Entschädigungshöhe & haushaltsneutrale Finanzierbarkeit – sowie die ökonomische Perspektive. Die Veranstaltung wurde online dokumentiert.

Difu auf der Radverkehrskonferenz Velo-City 2021 in Lissabon

Von 6. bis 9. September fand in Lissabon die Velo-City – die weltgrößte Konferenz zum Radverkehr – statt. Dagmar Köhler, Mobilitätsforscherin am Difu, sprach neben Expert*innen aus den Niederlanden, Kanada und Portugal in der Session „Rethinking car infrastructure and parking space“. Die Konferenz war 2007 der Gründungsereignis der Fahrradakademie: Auf der Velo-City in München wurde die inzwischen als Straßenverkehrsakademie weitergeführte Initiative ins Leben gerufen.

➔ www.bit.ly/3HgsbEX

Katastrophenvorsorge im internationalen Kontext

Difu-Wissenschaftler Holger Floeting hat am 26. Oktober auf der Fachtagung Katastrophenvorsorge das Panel „Urbane Resilienz in Deutschland und im internationalen Kontext“ moderiert. Dabei wurden praktische Beispiele sowie Learnings und Übertragungspotenziale diskutiert. Der Fokus lag u.a. auf Strategien und Erfahrungen aus südostasiatischen Städten. Die Fachtagung wurde vom Deutschen Roten Kreuz veranstaltet und vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe unterstützt.

➔ www.bit.ly/31A6v62

Zeitpolitik als unterschätztes Werkzeug für Kommunen

Durch Zeitpolitik werden praktische zeitliche Phänomene, die das Leben der Menschen und das Leben in Städten prägen, in einen gesellschaftlichen Zusammenhang gebracht: Wie viel Zeit kostet tägliches Pendeln? Wie viel Zeit bleibt für Care-Arbeit und Ehrenämter? Wie

kann die Gesellschaft mit Beschleunigung, Zeitdruck und zeitlichen Unvereinbarkeiten umgehen? Das Difu unterstützt die Barcelona Declaration on Time Policies, um Zeitpolitik als Werkzeug in den Fokus zu rücken, das u.a. dabei helfen kann, die Lebensqualität in den Kommunen zu erhöhen.

➔ www.bit.ly/3cG1A5Z

Gesunde Lebensverhältnisse vor Ort fördern

Was Kommunen durch Maßnahmen der Stadtentwicklung für die Gesundheit in den Städten tun können, erläutert Difu-Wissenschaftlerin Christa Böhme in ihrem Beitrag „Gesundheitsfördernde Stadtentwicklung – eine komplexe und voraussetzungsvolle Aufgabe“ in der Broschüre „10 Jahre Gesunde Städte-Netzwerk Leipzig“. Anlässlich der zehnjährigen Mitgliedschaft der Stadt Leipzig im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland werden in der Publikation Erfolge und Arbeitsthemen für die „Gesunde Stadt“ aufgegriffen.

➔ www.bit.ly/315tp6d

Digitalisierung an Schulen in der Diskussion

Difu-Wissenschaftler Dr. Henrik Scheller war am 30. November als Diskussionsgast beim digitalen Kolloquium zur Bildungspolitik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung eingeladen. In der Diskussion mit Praktiker*innen aus verschiedenen Steuerungsebenen der Bildungspolitik stand die Rolle der kommunalen Schulträger bei der Digitalisierung im Fokus. Das Gespräch wurde mitgeschnitten und kann wie alle Gespräche der Veranstaltungsreihe als Podcast abgerufen werden.

➔ www.bit.ly/3pcTkjF

Deutscher Nachhaltigkeitspreis verliehen

Am 3. Dezember wurden vorbildliche nachhaltige Projekte mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet. Das Difu ist ein Methodikpartner des DNP. Diese erarbeiten mit den Stiftungsgremien die Fragebögen und führen die mehrstufigen Assessments durch, auf deren Basis die Besten aller Kategorien ermittelt werden.

➔ www.dnp.tv



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol ★ gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
➔ www.difu.de/extranet/

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:
➔ www.difu.de/15192

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme im Umgang auftreten oder Fragen bestehen, so hilft der Bereich Wissensmanagement des Difu gern weiter:

Susanne Plagemann, M.A.
+49 30/39001-274
plagemann@difu.de

Kostenfreie Difu-eBooks für Zuwender: Bezugsverfahren vereinfacht

Die Bestellung von Difu-eBooks kann direkt durch Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeitende der Difu-Zuwenderstädte und -verbände erfolgen. Den Difu-Ansprechpartner*innen übermittelt das Difu auf Wunsch automatisch einen Code zum kostenfreien Download der kostenpflichtigen Difu-Neuerscheinungen zu. Wer diesen Service künftig nutzen möchte oder Fragen zu eBooks hat, wendet sich bitte an: vertrieb@difu.de. Weitere Infos sind auch online zu finden

➔ www.difu.de/12544

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Berichte 4/2021
➔ www.difu.de/17084

Monitor Nachhaltige Kommune - Bericht 2021
Visionen zur Stadt der Zukunft. Kommunen in der sozial-ökologischen Transformation
➔ www.difu.de/17077

Ressourcenschutz durch Stadtplanung und Stadtentwicklung
Hinweise für Bund und Länder aus dem Ressortforschungsvorhaben „Steuerbare urbane Stoffströme – Möglichkeiten und Grenzen der nachhaltigen Steuerung städtischer und stadtreionaler Stoffströme mittels Instrumenten der Stadtplanung“
➔ www.difu.de/17053

Steuerbare urbane Stoffströme - Möglichkeiten und Grenzen der nachhaltigen Steuerung städtischer und stadtreionaler Stoffströme mittels Instrumenten der Stadtplanung
➔ www.difu.de/17052

Stadtplanung und Stadtentwicklung als Hebel für den Ressourcen- und Klimaschutz
Kommunale Instrumente, Fallbeispiele und Potenziale zur Reduktion der Ressourceninanspruchnahme
➔ www.difu.de/17038

Räumliche Dimensionen der Zukunftsstadt
Integrierte Perspektiven auf bauliche Strukturen und Freiräume
➔ www.difu.de/16943

Innovationsfähigkeit der Wirtschaftsförderung
Akteure – Instrumente – Handlungsansätze. Gemeinschaftsstudie
➔ www.difu.de/16879

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Wie kommt mehr Gemeinwohl in den Wohnungsmarkt?
➔ ★ www.difu.de/17078

Mehr Umweltgerechtigkeit schaffen – auch ein Thema für die soziale Arbeit?
➔ ★ www.difu.de/17045

Mobil zwischen Stadt und Umland
➔ ★ www.difu.de/17072

Inklusive Bildung in der Agenda 2030
➔ ★ www.difu.de/17071

Die Zukünfte von Innenstädten
➔ ★ www.difu.de/17073

Stadtverträglicher Autoverkehr
➔ ★ www.difu.de/17036

Nach Berlin, aus Berlin und um Berlin herum – Pendelverkehr als Herausforderung für die Stadtregion
➔ ★ www.difu.de/16999

Jahrestreffen 2021 der Difu-Zuwender
➔ ★ www.difu.de/16942

Wasser in der Stadt
➔ ★ www.difu.de/17011



Presseresonanz – das Difu in den Medien

Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

Leipziger Zeitung, 5.12.2021

Umfrage des Difu: Bevölkerung wünscht sich mehr urbane Wildnis und Wohnraum für alle

Die Wünsche der Bevölkerung für ihre Stadt der Zukunft unterscheiden sich deutlich vom heutigen Bild der Städte. Der Wunsch nach „Urbaner Wildnis“ findet die größte Zustimmung.

➔ www.bit.ly/3Gna6ne

Heilbronner Stimme, 1.12.2021

Parkplätze müssen Wohnungen weichen

Baulücken schließen, umnutzen und Materialien recyceln: Städte haben viele Möglichkeiten, nachhaltig zu planen und zu bauen, sagt Maic Verbücheln, Experte beim Difu.

➔ www.bit.ly/3rnfzGo

Tagesspiegel Background – Verkehr & Smart Mobility, 29.11.2021

Parkgebühren sind keine Abzocke

Die Blockade des öffentlichen Raums durch Pkw sollte mehr kosten, fordert Martina Hertel vom Difu. Die Einnahmen könnten Kommunen in den Ausbau umweltfreundlicher Mobilität stecken.

➔ www.bit.ly/3xAhdFP

WI-Journal, 2/2021

Nachhaltige Mobilität in der Stadt - Welche Rolle können neue Stadtquartiere spielen?

Die Verkehrswende vollzieht sich bisher nur langsam. Zunehmend rückt die Planung neuer Stadtviertel in den Fokus.

➔ www.bit.ly/3d2dQhu

ZDFinfo Doku, 9.11.2021

Mieter unter Druck – Wohnungsnot in Ostdeutschland

Bezahlbarer Wohnraum ist mittlerweile nicht nur in Großstädten wie Berlin Mangelware. Auch im Osten Deutschlands ziehen die Mieten immer mehr an.

➔ www.bit.ly/3l2BHBL

ARD, Tagesschau, 4.11.2021

Klimaschutz in Kommunen: Konferenz berät über Auswirkungen des Klimawandels

Die Klimafolgen spüren zunehmend auch die Kommunen und Gemeinden. Vertreter aus Politik und Verwaltung beraten in Berlin über kommunalen Klimaschutz.

➔ www.bit.ly/3Gp8Dwz

WDR 5, Dok 5 – Das Feature, 1.11.2021

Pedaleffekte – Metropolen auf dem Weg zur Fahrradstadt

Die Verkehrswende kommt nur in kleinen Schritten voran. Große Metropolen versprechen sich von ihren Plänen zum Ausbau des Radverkehrs eine Beschleunigung.

➔ www.bit.ly/3lzlWgy

DEMO Online, 29.10.2021

Zehn Instrumente für mehr Sicherheit von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum

Wie geschützt fühlen sich Kinder und Jugendliche in der Stadt? Das Difu entwickelte gemeinsam mit Partnern Instrumente zur Erfassung des Sicherheitsgefühls.

➔ www.bit.ly/3r3liQu

DIE WELT, 18.10.2021

Wie man mit Anwohnerparken Politik macht

In Großstädten sind Parkplätze rar und der öffentliche Raum begrenzt. Hamburg führt nun mehr Bewohnerparkgebiete ein und verlangt neue und höhere Gebühren.

➔ www.bit.ly/3d5j9wx

DER SPIEGEL, 15.10.2021

„Fahrräder brauchen mehr Platz in den Städten“

Demos für mehr Fahrradwege setzen Politiker unter Druck. Aber der Widerstand von Autofahrern verlangsamt die Verkehrswende.

➔ www.bit.ly/2Ze7vV5

Deutschlandfunk Nova, Update, 15.10.2021

Fahrradfreundliche Städte in zehn Jahren möglich

Deutsche Städte könnten in zehn Jahren fahrradfreundlich sein. Das hält das Deutsche Institut für Urbanistik für eine realistische Vision.

➔ www.bit.ly/3HMiU70

Die Wirtschaftszeitung, Nr. 10/2021

Immer mehr, immer teurer, immer beliebiger – und jetzt?

Leere Geschäfte in den Innenstädten, zu teurer Wohnraum und zu wenige Kulturangebote im Stadtkern. Ein Interview mit Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold.

➔ www.bit.ly/3raYkI2

Kommunaler Beschaffungsdienst, 10/2021

Digitalisierung in Schulen: Unterstützungsbedarf wird nicht weniger

Eine Sonderbefragung des Difu zeigt, dass viele Kommunen finanzielle Unterstützung bei der Digitalisierung der Schulen benötigen.

➔ www.bit.ly/3pAD5gt

KOMMUNAL, 30.9.2021

Klimaschutz: Was Bund und Kommunen investieren müssen

Bund, Länder und Kommunen müssen mehr öffentliche Gelder zur Verfügung stellen, um Klimaziele zu erreichen. Ein Difu-Praxisleitfaden gibt Tipps für Kommunen.

➔ www.bit.ly/30Pz7rQ

Frankfurter Rundschau, 29.9.2021

Darmstadt: Ärger über Parkgebühren in Wohnvierteln

Da viele Autos in Wohnvierteln illegal parken, möchte die Stadt bezahlte Parkplätze einführen und den Autoverkehr verringern – zum Ärger vieler Anwohner.

➔ www.bit.ly/3l3iu2T

Süddeutsche Zeitung, 22.9.2021

Studie: Kita-Eltern zahlen rund ein Achtel der Kosten

Einer Studie zufolge deckten Eltern von Kita-Kindern rund ein Achtel der Gesamtkosten der Kindertagesbetreuung ab. Gleichzeitig sinkt ihr Anteil an den Kosten.

➔ www.bit.ly/3r0SCZg

ZEIT ONLINE, 21.9.2021

Wie Carsharing auf dem Land funktionieren kann

In ländlichen Regionen rechnet sich Carsharing nicht. In Nordhessen versucht ein Pilotprojekt, es trotzdem möglich zu machen – mithilfe von Dienstwagen.

➔ www.bit.ly/3xd2Abf

